

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



Nr. 1/2010 | 36. Jahrgang | 2,30 €

RÜSTUNGSEXPORT.



EUROPAMEISTER

RÜSTUNGSEXPORTE
ÄCHTEN!

mit der Beilage
atomwaffenfrei
information der gewaltfreien
aktion atomwaffen abschaffen

Titel

Europameister Deutschland – legale Waffenexporte an kriegsführende Staaten und menschenrechtsverletzende Regimes

4

Antimilitarismus

Nicht länger „Nur für den Dienstgebrauch“ – Die Internet-Plattform www.bundeswehr-monitoring.de ist online

10

Demokratisch unkontrollierbar – Die Aufklärung des Kundus-Massakers im Bundestag

12

Blanker Militarismus: Offiziere in der Schule – Friedensbewegung kritisiert Kooperation zwischen Schule und Bundeswehr

13

Transnationales

Die globale Bandbreite von Friedensarbeit – Internationale Friedenskonferenz – Kontrapunkt zur Münchner Sicherheitskonferenz

14

Die Belagerung Gazas beenden – 1.300 Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen aus aller Welt beim Gaza-Freedom-March

16

Rückkehr ins Gandhi-Land – Internationale Konferenz der War Resisters' International (WRI) in Indien

18

Kriegsdienstverweigerung

Verweigerung und Kriegswiderstand – Bericht über eine DFG-VK-Fachtagung in Köln

19

DFG-VK intern

„Feste feiern, wenn sie fallen“ – Berliner DFG-VK-Aktive äußern sich zu ihrer bundesweit umstrittenen Aktion

20

Die DFG-VK steht am Scheideweg – Zur Schampusaufen-Aktion: Konsequentes Einschreiten statt falsch verstandener Toleranz

22

Effektivität steigern – Die Arbeitssituation des DFG-VK-Bundesverbands

26

Kolumne von Tobias Pflüger

8

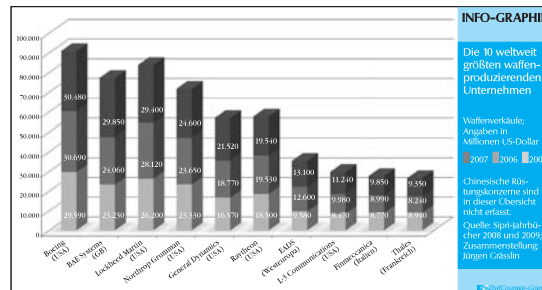
Briefe

24

Impressum

26

Europameister Deutschland. Kein anderer Staat in Europa exportiert so viele Waffen wie die Bundesrepublik – wahrlich kein Grund zu Freude oder Stolz, zumal viele dieser Ausfuhren ganz legal in Kriegen rund um die Welt eingesetzt oder zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung genutzt werden.



Jürgen Grässlin, DFG-VK-Bundessprecher, Bestseller-Autor und „Deutschlands prominentester Rüstungskritiker“ („Der Spiegel“) hat die aktuellen Berichte des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung ausgewertet und schildert den Skandal deutscher Rüstungsexportpolitik. Seine Konsequenz: Ein Aufschrei ist nötig, um diese Exporte zu ächten. Die DFG-VK plant dazu eine Kampagne, die am 1. September, dem Antikriegstag, beginnen soll. *Die Titelgeschichte mit Grässlins Beitrag beginnt auf Seite 4.*

Artikel im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt lösen regelmäßige heftige Kritik unter den DFG-VK-Mitgliedern aus – vielen ist jegliche Kritik an Israels völkerrechtswidriger Besatzungspolitik suspekt. Die Autorin des Berichts über den Gaza-Freedom-March ist Elsa Rassbach; als US-Amerikanerin, die DFG-VK-Mitglied ist und in Berlin lebt, ist sie in der Beurteilung des Konfliktes vielleicht unbefangener als Deutsche, die – auch als Pazifisten – immer präsent haben, dass die Existenz des Staates Israel eine Folge der fast vollständigen Vernichtung der europäischen Juden durch ihre Eltern- und Großelterneneration war. Ein kleiner Beleg dafür, dass der auch von deutschen Friedensorganisationen unterstützte Marsch keine antisemitischen Motive und Absichten hatte, ist vielleicht die Teilnahme der 85-jährigen Holocaust-Überlebenden Hedy Epstein. *Der Bericht über den Gaza-Freedom-Marsch, der in Kairo endete, findet sich auf Seite 16.*



Holocaust-Überlebende Epstein

Die Grundsatzerklärung, wonach der Krieg ein Verbrechen ist und sie deshalb entschlossen sind, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten, eint die DFG-VK-Mitglieder. Was das aber jeweils konkret heißt und wo die Grenzen von Aktionen liegen, das entzweit sie. Regelmäßig und seit vielen Jahrzehnten. Nun ist es wieder einmal soweit: Unter dem Motto „Feste feiern, wenn sie fallen“ rufen Berliner AktivistInnen zum „Schampusaufen“ am Berliner „Heldendenkmal“ der Bundeswehr auf, wenn der nächste Soldat „fällt“. Das empört manche DFG-VK-Mitglieder, sie finden das „widerlich“ und „menschenverachtend“. Audiatur et altera pars – man möge zunächst den anderen Teil hören, bevor man ein Urteil fällt, lautet ein alter lateinischer Juristensatz. Nach diesem Motto kommen in diesem Heft beide Seiten zu Wort: Berliner Aktive erklären im Interview, warum sie diesen Aufruf veröffentlicht haben und warum sie ihn richtig finden. Jürgen Grässlin sieht „die DFG-VK am Scheideweg“ und plädiert für „konsequentes Einschreiten statt falsch verstandener Toleranz“. Damit formuliert er die Mehrheitsmeinung im BundessprecherInnenkreis, der bei einem außerordentlichen Bundeskongress das Grundsatzprogramm der DFG-VK ändern will, um die Grenzen pazifistisch-antimilitaristischer Aktionen deutlich zu ziehen. Ergänzt wird das *ab Seite 20 beginnende Kapitel DFG-VK intern* um Leserbriefe zur Berliner Aktion, die zeigen, wie unterschiedlich im Verband darüber gedacht wird.



RÜSTUNGSEXPORT
EUROPAMEISTER

Titel

RÜSTUNGSEXPORTE ÄCHTEN!

Fotos und Montage: Stefan Philipp

Europameister Deutschland –

legale Waffenexporte an kriegführende Staaten und menschenrechtsverletzende Regimes

Der brisante Rüstungsexportskandal um den Waffenlobbyisten Schreiber ist atypisch: Rund 98 Prozent aller Waffentransfers erfolgen legal. Mit der aktuellen Veröffentlichung der Zahlen zu den deutschen Rüstungsexporten 2008 wird deutlich, wie dramatisch sich die Entwicklung verschärft hat.

Europameister Deutschland steigerte seine Waffenlieferungen auf ein erneutes Rekordniveau. Ganz legal erfolgten Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 5,78 Milliarden Euro – gut zwei Milliarden mehr als im bisherigen Rekordjahr 2007. Moralische Grenzen existieren nicht: Kriegsschiffe, Militärhubschrauber, Panzer und Gewehre bzw. deren Teile wurden an kriegführende Nato- und Nato-assoziierte Staaten sowie an menschenrechtsverletzende Regime geliefert.

Neue Waffensysteme wie das XM25 sollen die Kriegsführung revolutionieren und auch zukünftig

den Rüstungsexportmarkt anheizen. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen, der Koalitionsvertrag unter der neuen christlich-liberalen Bundesregierung lässt das Schlimmste befürchten. Dabei hätte Deutschland aus den Opferzahlen der Vergangenheit lernen müssen. Allein die Direktexporte und Lizenzvergaben der Gewehre und Maschinenpistolen von Heckler & Koch haben bis heute mehr als 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet, eine weitaus größere Zahl von Opfern zeitlebens verstümmelt. Mit Waffenexporten leistet Deutschland Beihilfe zum Massenmorden in aller Welt.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, startet die Friedensbewegung am 1. September 2010 die neue Anti-Rüstungsexportkampagne *Aktion Aufschrei – Rüstungsexporte ächten, den Opfern eine Stimme geben!* Interessierte sind zur Mitarbeit aufgerufen.

Von Jürgen Grässlin

Selten zuvor hat ein Rüstungsexport die Republik derart bewegt wie der Fall des Karlheinz Schreiber. Der Waffenlobbyist muss sich derzeit wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung und des Betrugs vor dem Landgericht Augsburg verantworten. Im Jahr 1991 sollen beim Verkauf von 36 „Fuchs“-Spür-

panzern von Thyssen an Saudi-Arabien 200 Millionen Mark Schmiergelder geflossen sein. Auch für die EADS-Tochter Airbus vermittelte Schreiber Aufträge.

Der frühere Rüstungsstaatssekretär Ludwig-Holger Pfahls soll von Schreiber Zuwendungen in Millionenhöhe erhalten haben. In der Folge legte Altkanzler Hel-

mut Kohl den CDU-Ehrenvorsitz nieder, die Namen der Spender will er bis heute nicht nennen. Notgedrungen offenbarte CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep die verwegene Geschichte des Geldkoffers mit einer Million Mark, die Schreiber an der deutsch-schweizerischen Grenze übergeben haben soll. Wolfgang Schäub-

le, damals CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzender, musste von seinem Amt zurücktreten – was die heutige Bundesregierung nicht daran gehindert hat, ihn jetzt zum Finanzminister zu befördern. Laut Schreiber seien neben der CSU und der CDU auch SPD- und FDP-Politiker in seine Geschäfte involviert gewesen sein.

Entscheidende Fragen sind bislang offen: Wie kann es sein, dass namhafte Vertreter der CDU/CSU als so genannter christlicher Partei in Korruption bei illegalen Waffentransfers verstrickt sind? Warum nennt Ex-Bundeskanzler Kohl bis heute nicht die Namen der Spender? Mit welchem Rechtsverständnis und mit welcher Zielsetzung akzeptiert die amtierende Bundeskanzlerin Merkel diese unglaubliche Vertuschungspolitik ihres Parteifreundes Kohl? Möchte sie den amtierenden Finanzminister Schäuble decken? Kann es sein, dass der höchst brisante Vorwurf der Bestechung vom Landgericht Augsburg mittlerweile als verjährt eingestuft wird? Bleibt die Wahrheit bei den zu befürchtenden Deals des Gerichts und der Staatsanwaltschaft mit Schreiber auf der Strecke? Die Antworten bergen politischen Sprengstoff.

Dabei darf der Fall Schreiber nicht darüber hinwegtäuschen, dass rund 98 Prozent aller Waffentransfers legal erfolgen, d.h. mit Genehmigung der Bundesregierung bzw. des Bundesausfuhramtes Bafa. Dieser Beitrag beschäftigt sich deshalb ausschließlich mit dem Skandal legal genehmigter Rüstungsexporte in alle Welt.

Kriegsprofiteure: Die Top Ten der Rüstungsriesen

Das Erfreuliche vorneweg: Die Zahl der Kriege sinkt seit Jahren und hat sich im Jahr 2009 auf nunmehr 34 – immerhin der niedrigste Stand seit gut eineinhalb Jahrzehnten – verringert. Dies belegt eine jüngst publizierte Studie der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (www.akuf.de) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg. Im letzten Jahr brachen zwar zwei Kriege und ein weiterer bewaffneter Konflikt neu aus, zugleich aber endeten acht kriegerische Auseinandersetzungen.

Grund genug, die weltweiten Militärausgaben spürbar zu senken, Waffenexporte drastisch zu reduzieren und die Rüstungsindustrie schnellstmöglich auf eine sinnvolle zivile Fertigung umzustellen. Zeit also, endlich die lang ersehnte Friedensdividende einzufahren und Rüstungskonversion einzuleiten – möchte man meinen. Das Wunschbild trägt, die Realität sieht leider ganz anders aus: Militäreinsätze und Rüstungsgeschäfte boomen wie seit Jahren nicht mehr, in Zeiten

der weltweiten Wirtschaftskrise und wachsender Terrorangst verzeichnen Rüstungskonzerne Rekordumsätze.

Ein Blick in die aktuellen Statistiken des Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) vom letzten Jahr verrät, wie wenig Wunsch und Wirklichkeit zusammengehen: So stiegen die Waffenverkäufe vieler führender rüstungsproduzierender Unternehmen, allen voran der US-Rüstungsindustrie. Allein sechs waffenproduzierende US-Konzerne rangieren in den Top Ten (*siehe die Infographik auf der folgenden Seite*).

Die weltweit höchsten Profite verzeichneten in den vergangenen Jahren US-Unternehmen. Wie in den Vorjahren führt Boeing die Profit-Statistik 2007 mit Gewinnen in Höhe von 4,1 Milliarden US-Dollar an. Auf den Plätzen zwei bis vier folgen die US-Rüstungskonzerne Lockheed Martin mit 3 Milliarden, General Dynamics mit 2 Milliarden und Northrop Grumman mit 1,8 Milliarden US-Dollar.

Die einzige ernstzunehmende Konkurrenz kommt – militärisch gesehen – aus dem eigenen Lager: Mit British Aerospace (BAE Systems), der European Aeronautics Defence and Space Company (EADS), Finmeccanica und Thales finden sich zugleich auch vier europäische Rüstungskonzerne in der Spitzengruppe. Deren Profite fielen allerdings geringer aus als die der US-Giganten. Während BAE Systems noch fast gleichauf mit Northrop Grumman abschnitt (1,8 Milliarden US-Dollar), konnten Thales aus Frankreich und Finmeccanica aus Italien (mit 1,2 Milliarden bzw. 713 Millionen US-Dollar) vergleichsweise geringere Gewinne verbuchen. Die EADS fiel 2007 mit Verlusten in Höhe von 610 Millionen US-Dollar gänzlich aus dem Rahmen, was sich u.a. mit den hohen Entwicklungskosten des neuen Militärtransporters A400M erklären lässt. Ein Blick in den EADS-Geschäftsbericht für 2008 verrät jedoch die Rückkehr in die Gewinnzone durch neuerliche Waffentransfers.

Rüstungskonzerne sind Profiteure der Kriege in aller Welt. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 lassen vor allem die für den „Krieg gegen den Terror“ benötigten Waffen mit den Kriegseinsätzen im Irak, in Afghanistan und Pakistan die Kassen der Rüstungskonzerne klingen.

Etablierter Rüstungsexport- Europameister Deutschland

Unbeschadet von der Wirtschaftskrise konnte die deutsche Rüstungsindustrie Firmenzusammenbrüche und Massenentlassungen vermeiden, die Werftenindustrie stärkte ihre Position durch einen Re-

strukturierungsprozess. In Zeiten allgemeiner Rezession liefen und laufen die Waffengeschäfte dank einer überaus großzügigen Exportförderungs politik der Bundesregierung und personell chronisch unterbesetzter Rüstungskontrollbehörden wie geschmiert. In der Folge hat sich Deutschland von 2004 bis 2008 – nach den USA und Russland – als Europameister endgültig auf Platz 3 der Weltwaffenexporteure etabliert. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri im letzten April mit seiner Veröffentlichung der Daten zum Waffenhandel im Jahr 2008 dokumentierte, stiegen die deutschen Rüstungsausfuhren in den letzten fünf Jahren um rund 70 Prozent, der Weltmarktanteil am Waffenhandel konnte von sieben auf zehn Prozent ausgebaut werden – allen voran durch Waffenlieferungen an kriegführende Nato-Partner wie die USA und Großbritannien.

Maßgeblich am deutschen Rüstungsexportboom beteiligt ist die European Aeronautics Defence and Space Company. Größte Stimmrechtseigner der EADS – im weltweiten Ranking des Jahres 2007 auf Platz 7 – sind der deutsche Automobil- und Rüstungsriese Daimler AG und Sogead (Lagardère und die französische Staatsholding Sogepa) mit je 22,5 Prozent. Die spanische Staatsholding Sepi hält 5,49 Prozent des Kapitals.

Auf Platz 18 der weltgrößten Rüstungskonzerne folgt der Lenkflugkörperproduzent MBDA, dessen maßgeblicher Anteilseigner mit 37,5 Prozent die EADS ist. Unter den Top 100 rangierten 2007 (laut dem Sipri-Jahrbuch 2009) mit Rheinmetall (Platz 29), Thyssen-Krupp (39), Krauss-Maffei Wegmann (42), Diehl (58) und MTU Aero Engines (69) fünf weitere deutsche Rüstungskonzerne. Zu den „Verkaufsschlagern“ zählen Panzer vom Typ Leopard-2A4, teilweise im Ausland in Lizenz gefertigte deutsche U-Boote des Typs 214, in Kooperationen produzierte Kampfhubschrauber, Militärjets wie der „Eurofighter“, Tankflugzeuge und Drohnen, Granatwerfer und Sturmgewehre des Typs G36.

Geheimentscheidungen unter Ausschluss der Demokratie

Wie kann es sein, dass Deutschland, das nach Aussagen seiner Regierungspolitiker über die restriktivsten Rüstungsexportgesetze der Welt verfügt, zugleich zum Europameister bei Waffentransfers avanciert ist? Und wie ist es möglich, dass die deutsche Bundesregierung, die sich humanistischen und christlichen Werten verschrieben haben will, Rüstungsexporte selbst an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten legalisiert?

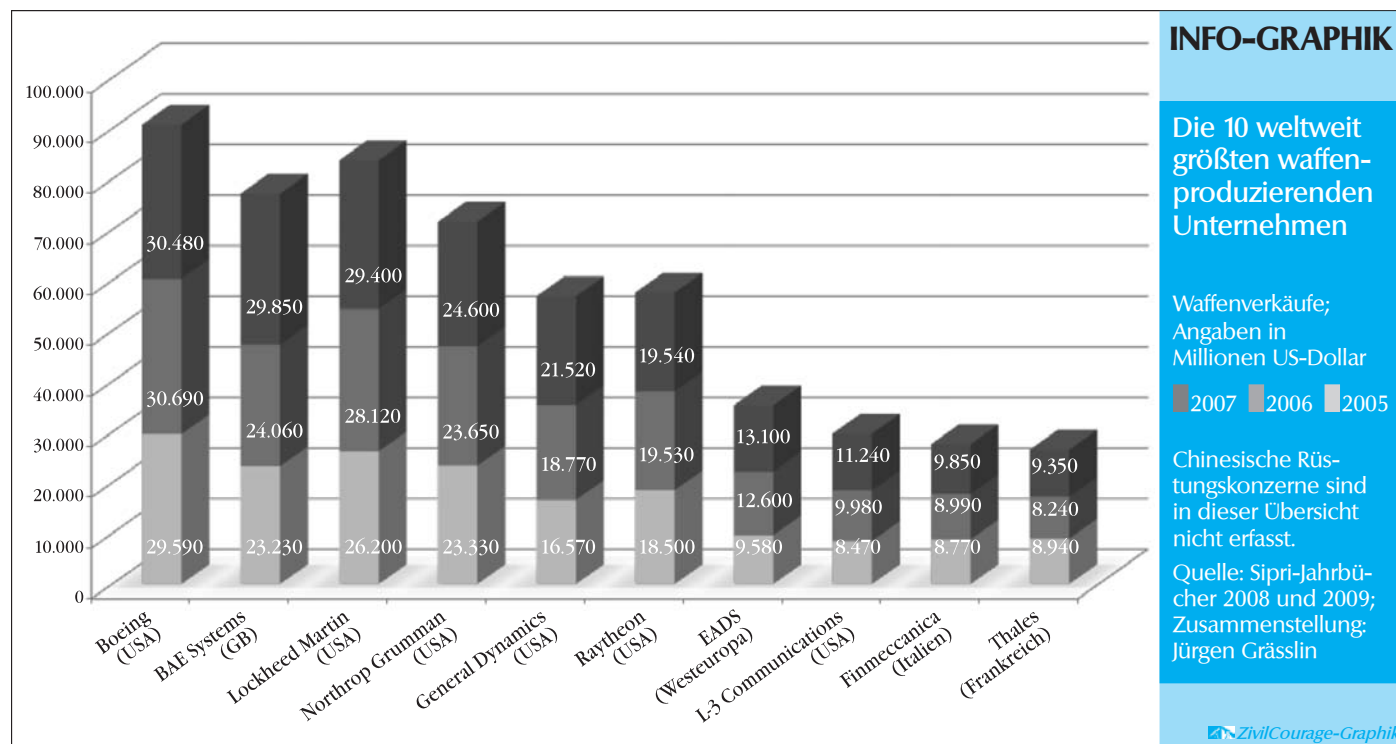
Die Antwort liegt in der Auslegung politischer Zielvorgaben und ist damit nicht allein juristisch Ebene begründet.

Rechtsgrundlage der deutschen Rüstungsexportkontrolle bildet Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ Das Nähere regeln das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz.

im Bundessicherheitsrat einvernehmliche Entscheidungen zur Voraussetzung erhoben und ein Veto einzelner Mitglieder als Exportblocker akzeptiert, so führte die Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder und seinem Stellvertreter Joschka Fischer das bis heute gültige Prinzip der Mehrheitsentscheidungen ein. Was demokratisch klang, stellte seither einen Freifahrtschein für die starke, wirtschaftsorientierte Pro-Export-Fraktion dar.

Deutsche Waffenexporte selbst in „problematische“ Länder

In ihrem aktuellen Rüstungsexportbericht kritisiert die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) vehement die erneut dramatisch gestiegenen Waffenlieferungen aus Deutschland. Laut Analyse der beiden großen christlichen Kirchen genehmigte die Bundesregierung 2008 Einzelausfuhrgenehmigungen im Volumen von 5,78 Milliarden Eu-



INFO-GRAPHIK

Die 10 weltweit größten waffenproduzierenden Unternehmen

Waffenverkäufe; Angaben in Millionen US-Dollar

2007 2006 2005

Chinesische Rüstungskonzerne sind in dieser Übersicht nicht erfasst.

Quelle: Sipri-Jahrbücher 2008 und 2009; Zusammenstellung: Jürgen Grässlin

Zivil Courage-Graphik

Politisch besonders brisante Rüstungsexporte wie beispielsweise Waffenlieferungen in den Nahen oder Mittleren Osten werden im geheim tagenden Bundessicherheitsrat beschieden. Die Sitzungsleitung obliegt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Zu den weiteren acht stimmberechtigten Mitgliedern zählen Guido Westerwelle (FDP) als Bundesminister des Auswärtigen, Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) als Bundesminister der Verteidigung, Wolfgang Schäuble (CDU) als Bundesminister der Finanzen, Thomas de Maizière (CDU) als Bundesminister für Inneres, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) als Bundesministerin der Justiz, Rainer Brüderle (FDP) als Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Ronald Pofalla (CDU) als Chef des Bundeskanzleramts sowie der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel (FDP). Bei Bedarf können weitere Bundesminister sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr zur Beratung hinzugezogen werden.

Hatten die Regierungen vor der 1998 durch SPD und Grüne gewonnenen Wahl

Zur Beruhigung des Gewissens einer zuweilen durchaus rüstungsexportkritischen Parteibasis ließen Außenminister Fischer und Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul in der siebenjährigen Amtszeit von Rot-Grün wiederholt durchblicken, dass sie in verschiedenen Fällen gegen besonders bedenkliche Rüstungsexporte votiert hatten. Da aber keiner der Führungskräfte beider Regierungsparteien der rot-grünen Bundesregierung jemals die Koalitionsfrage stellte – weder bei Rüstungsexporten an kriegführende Staaten noch bei Waffentransfers an menschenrechtsverletzende Regimes – besaß dieses Abstimmungsverhalten allenfalls Alibifunktion. Ein Zustand, an dem sich auch nach mehrmaligem Regierungswechsel bis zum heutigen Tage nichts geändert hat.

So verbleibt einzig die recht überschaubare Embargoliste von momentan gerade mal 17 Staaten als Exporthemmnis. Länder wie Saudi-Arabien, Israel, Libyen oder Pakistan waren im Rüstungsexportbericht 2007 – der Bericht für 2008 liegt Anfang 2010 noch nicht einmal vor! – auf dieser Liste nicht zu finden.

ro, das sind gut zwei Milliarden mehr als im Jahr zuvor.

Bei der Präsentation des GKKE-Berichts im Dezember in Berlin kritisierte Karl Jüsten, der katholische GKKE-Vorsitzende: „Wir sind enttäuscht und unzufrieden.“ Der Koalitionsvertrag der neuen CDU/CSU/FDP-geführten Bundesregierung orientiere sich vorrangig an „außenwirtschaftlichen und industriepolitischen Gesichtspunkten“. Schlimmer noch: Er sei sogar dabei behilflich, Wettbewerbshindernisse für die deutschen Waffenproduzenten aufzuheben.

Nicht anders urteilte Bernhard Felmborg, evangelischer GKKE-Vorsitzender. Er zeigte sich insbesondere besorgt über Rüstungslieferungen selbst an instabile Entwicklungsländer. Zudem sei der Verbleib dieser Waffen oft nicht gesichert, wie „das Beispiel der auf dem afghanischen und pakistanischen Schwarzmarkt gehandelten Waffen deutscher Herkunft“ belege.

Zurecht verwies Felmborg auf frühere Lizenzvergaben allen voran im Bereich der Kleinwaffen an ehemalige Unrechtsregimes, die die Politik heute einholen

würden. „Man braucht sich nur aktuelle Fotos von Kämpfern in Pakistan anzusehen und entdeckt gleich das klassische deutsche G-3-Gewehr im Einsatz“, kritisierte die GKKE. Des Weiteren erfolge vor einem US-Gericht Anklage gegen die Daimler AG und Rheinmetall, da sie das südafrikanische Apartheid-Regime in den achtziger Jahren mit Nato-Geschützsystemen beliefert hatten.

Für die GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte kritisierte deren Vorsitzender Bernhard Moltmann die fehlende Wirkung öffentlicher Kritik am U-Boot-Geschäft mit Pakistan. Dieser Waffentransfer ist verbunden mit einer staatlichen Ausfallbürgschaft, den so genannten Hermes-Bürgschaften: „Von den 36 Staaten, die weltweit über nicht-nukleare U-Boote verfügen“, monierte Moltmann, hätten „mehr als die Hälfte U-Boote deutscher Herkunft im Einsatz.“ Die Howaldtswerke Deutsche Werft GmbH in Kiel seien bis 2017 mit Rüstungsaufträgen ausgebucht. Unter anderem zeigten die Türkei, Israel, Südkorea, die Vereinigten Arabischen Emirate, Indien und Pakistan Interesse an deutschen Militär-U-Booten. Bekanntermaßen trugen die beiden letztgenannten Staaten in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt kriegerische Konflikte gegeneinander aus.

Als „problematisch“ einzustufen waren laut GKKE eine Vielzahl von Staaten, die 2008 ganz legal in den Besitz deutscher Waffen gelangten. Allen voran erhielt Singapur Waffen im Wert von 349,7 Millionen Euro, Saudi-Arabien für 170,3 Millionen und die Vereinigten Arabischen Emirate für 142,1 Millionen. Zudem lieferte Deutschland Waffen an Afghanistan, Ägypten, Angola, Brasilien, Indien, Indonesien, Israel, Kolumbien, Malaysia, Nigeria, Oman, Pakistan, Russland, Thailand, Türkei und Venezuela, obwohl deren Menschenrechtssituation gleichsam als „sehr schlecht“ eingestuft werden musste. In mehreren dieser Länder – Afghanistan, Indien, Israel, Kolumbien, Nigeria, Pakistan, Thailand, Türkei und in Venezuela – herrschten zudem interne Gewaltkonflikte.

**Neuer Koalitionsvertrag:
Türöffner für Waffenlieferungen
in alle Welt**

Bereits im Januar 2000 hatte Rot-Grün eine durchaus vielversprechende Neufassung der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ verabschiedet. Seither sollte der Menschenrechtsfrage beim Rüstungsexport besonderes Gewicht beigemessen

werden. Einer der Kernsätze der Prinzipien lautete, dass „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleisland bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen“ wird.

Die im letzten Herbst neu gewählte Bundesregierung erklärte, die „Politischen Grundsätze“ nicht ändern zu wollen, schließlich kommen in ihnen auch die Interessen der Industrie zum Zuge. So ist der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Nato-Mitglieder, EU-Mitgliedstaaten, Nato-gleichgestellte Länder „grundsätzlich nicht zu beschränken, es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist“.

Allerdings, und das wird nur allzu gern vergessen, ist der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in die so genannten „sonstigen Länder“ klaren Restriktionen unterworfen. So wird die Kriegswaffenlieferung „nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht, in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden“. Zudem scheidet Lieferungen an Länder „grundsätzlich“ aus, „die sich in bewaffneten äußeren Konflikten befinden oder bei denen eine Gefahr für den Ausbruch solcher Konflikte besteht“.

Würde die Bundesregierung ihre eigenen – wohlgernekt rechtlich **nicht** verbindlichen – Grundsätze zur Grundlage ihres Handels erheben, müsste sie Waffentransfers an die im GKKE-Bericht als „problematisch“ eingestuften Empfänger-

länder unterbinden. Dass sie dies nicht tut, begründet sich in ihrer industriekonformen Wirtschafts- und ihrer militärorientierten Außenpolitik.

Schlimmer noch: In Zukunft drohen alle Dämme zu brechen. Denn in ihrem Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und FDP die Zielsetzung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik gestrichen. Für die kommenden vier Jahre lautet das Ziel: „Wir halten an den derzeit geltenden Rüstungsexportbestimmungen fest und setzen uns weiter für eine Harmonisierung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein. Wir treten für faire Wettbewerbsbedingungen in Europa ein und bekräftigen den Offset-Verhaltenskodex der Europäischen Verteidigungsagentur.“ Man hätte auch offene Grenzen für Rüstungsexporte oder Abbau aller Hemmnisse für Waffenlieferungen im Koalitionsvertrag festlegen können, das Ergebnis wäre identisch.

Profiteure dieser unverblümt zutage tretenden Rüstungsexportförderungs politik werden die deutsche Rüstungsindustrie und ihre internationalen Kooperationspartner sein. Dabei stehen Daimler/EADS und Heckler & Koch einmal mehr im Mittelpunkt des Geschehens.

Daimler/EADS-Waffen an menschenrechtsverletzende Staaten

Bei einem Treffen von Vertretern der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und der DFG-VK im Herbst 2009 sah sich der Daimler-Finanzchef und EADS-Aufsichtsratsvorsitzende Bodo Uebber mit dem Vorwurf konfrontiert, sein Unternehmen liefere Waffen selbst an menschenrechtsverletzende Staaten. So exportiert die EADS die immense Zahl von

Land	Menschenrechtssituation	Interne Gewaltkonflikte	Gefahr der Unverträglichkeit von Rüstung und Entwicklung	Wert deutscher Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter 2008 in Millionen Euro	TABELLE
Afghanistan	sehr schlecht	ja	-	33,5	Beispiele für als „problematisch“ einzustufene Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte 2008 (Rüstungsexportbericht 2009 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, Fachgruppe Rüstungsexporte, S. 40)
Ägypten	sehr schlecht	teilweise	groß	33,5	
Angola	sehr schlecht	teilweise	groß	6,8	
Brasilien	sehr schlecht	teilweise	gering	17,7	
Georgien	schlecht	teilweise	groß	2,5	
Indien	sehr schlecht	ja	mittel	51,8	
Indonesien	sehr schlecht	teilweise	gering	7,7	
Israel	sehr schlecht	ja	gering	25,1	
Kolumbien	sehr schlecht	ja	gering	18,5	
Malaysia	sehr schlecht	nein	gering	21,3	
Nigeria	sehr schlecht	ja	gering	5,3	
Oman	sehr schlecht	nein	groß	22,4	
Pakistan	sehr schlecht	ja	groß	93,3	
Russland	sehr schlecht	teilweise	gering	40,9	
Saudi-Arabien	sehr schlecht	teilweise	gering	170,3	
Singapur	sehr schlecht	nein	gering	349,7	
Thailand	sehr schlecht	ja	gering	13,4	
Türkei	sehr schlecht	ja	gering	43,6	
Venezuela	sehr schlecht	ja	gering	9,0	
Vereinigte Arabische Emirate	sehr schlecht	nein	gering	142,1	Zivil Courage-Graphik



Tobias Pflüger
Mitglied im Rat
der War Resisters'
International

Der Protest geht weiter – beim nächsten Nato-Gipfel im November in Lissabon

Am 19. und 20. November 2010 wird die Nato in Lissabon zu ihrem ersten großen Gipfeltreffen nach dem von Straßburg, Kehl und Baden-Baden zusammenkommen. Die dort vereinbarte Aufgabe für Lissabon lautet: Die Verabschiedung eines neuen „Strategischen Konzeptes“.

Für die Erstellung der neuen Strategie hat die Nato eine zwölfköpfige Expertenrunde benannt: Leiterin ist die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright, Vize ist der ehemalige Chef des Öl-Konzerns Shell (!) Jeroen van der Veer, und koordiniert wird das ganze von „Mister Kollateralschaden“ Jamie Shea. Offiziell wird an der Erstellung des neuen Konzeptes sogar die Öffentlichkeit beteiligt. Es gibt dazu extra eine Internetseite der Nato (www.nato.int/strategic-concept).

Dort finden sich auch eine ganze Reihe von Ideen für das neue strategische Konzept: In einem schon Anfang 2008 veröffentlichten Grundsatzpapier fünf hoher Nato-Strategen („Towards a new Grand Strategy“) wird offen der nukleare Erstschatz propagiert: „Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.“ Das Papier schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, u.a. dass ein UN-Mandat für künftige Nato-Kriege nicht mehr erforderlich sein soll. Besonders hervorstechend ist auch die Forderung, dass die Allianz künftig „das Konsensprinzip auf allen Ebenen unterhalb des Nato-Rates aufgibt und auf Komitee- und Arbeitsgruppenebene Mehrheitsentscheidungen einführt.“ Weiter wird dort propagiert, Mitgliedsstaaten, die sich nicht an einer Mission beteiligen wollen, jegliche Mitspracherechte zu versagen – nur wer mitkämpft, soll auch mitbestimmen.

Die internationale Koalition „No to War – No to Nato“, die die Gegenaktivitäten in Straßburg mit Demonstrationen, Aktionen zivilen Ungehorsams und dem Gegengipfel getragen hat, arbeitet weiter und bereitet – gemeinsam mit Anti-Nato-Gruppen vor Ort – den Protest vor; ein erstes größeres Treffen dazu hat bereits in Lissabon stattgefunden. Jetzt gilt es, die verschiedenen Friedens- und Antikriegsgruppen zusammenzubekommen, damit der Protest gegen die Nato in Lissabon stark, sichtbar und wirksam wird. Die DFG-VK sollte – wie die WRI – ein Teil der Anti-Nato-Aktivitäten sein. Die neue Nato-Strategie sollte Motivation genug sein.

72 Kampfflugzeugen des Typs „Eurofighter Typhoon“ an das menschenrechtsverletzende Regime in Saudi-Arabien.

Um die eigene Exportstatistik zu schönen, wählt man seitens der Deutschen den bewährten Umgehungsweg: Der Vertrag zwischen Saudi-Arabien wurde mit der britischen Regierung vereinbart, deren Rüstungsindustrie gleichsam vom „Eurofighter“-Projekt profitiert. In Deutschland knallten die Sektkorken nicht nur in der Daimler-Zentrale. Am EJ200-Triebwerk ist MTU Aero Engines beteiligt, die Bordkanone stammt von Mauser in Oberndorf – zahlreiche weitere deutsche Unternehmen sind beteiligt.

Die EADS, die ihren Verwaltungssitz im niederländischen Leiden hat, liefert Kampf- und Transportflugzeuge, Militärhelikopter, militärische Satelliten und Drohnen an Nato- und Nato-assoziierte Staaten, verschiedene dieser Waffensysteme jedoch auch an Drittländer, beispielsweise auch an die Vereinigten Arabischen Emirate, Malaysia und Pakistan – allesamt Staaten, in denen amnesty international schwerste Menschenrechtsverletzungen verzeichnet. Mit diesem Vorwurf konfrontiert, rechtfertigte sich Bodo Uebber mit der durchaus zutreffenden Aussage: Alle EADS-Exporte erfolgen legal, also mit Genehmigung der Bundesregierung bzw. des Bundesausfuhramtes.

Was die Daimler AG bei der Fertigung von Großwaffensystemen ist, das ist die Heckler & Koch GmbH (H&K) bei den so genannten „Kleinwaffen“. In den vergangenen Jahren avancierte H&K zu Europas größtem Pistolen- und Gewehrhersteller. Die Produktionspalette reicht von Pistolen und Maschinenpistolen über Sturmgewehre und Maschinengewehre bis hin zu Granatwerfern und Sonderwaffen. In mehr als 35 Staaten – zu denen die USA, Brasilien, Großbritannien, Indonesien, Malaysia, Mexiko, die Philippinen, Singapur und Thailand zählen – schießen Bundespolizeien, Präsidentenwachen oder militärische Spezialeinheiten mit dem neuen, äußerst treffsicheren G36-Sturmgewehr. Noch immer ungeklärt ist der illegale Export von in Oberndorf produzierten G36 nach Georgien. Vieles spricht dafür, dass das G36 auf dem Weltmarkt zum Sturmgewehr Nummer 1 aufsteigen wird. (siehe dazu Jürgen Grässlin: „Waffenschmiede Heckler & Koch feiert 60. Geburtstag – unter Protest der Friedensbewegung“ in **Zivil Courage**, Februar/März 2009, S. 16 ff.)

Neues Waffensystem XM25: Noch mehr zivile Opfer

Die Zahl der durch H&K-Waffen Getöteten beläuft sich seit der Firmengründung

1949 auf rund zwei Millionen Menschen, berechnet auf einem erhöhten Weltmarktanteil von bis zu 12 Prozent. Durchschnittlich alle 14 Minuten stirbt ein Mensch durch eine Kugel aus dem Lauf einer H&K-Waffe – damit ist Heckler & Koch Deutschlands „tödlichstes“ Unternehmen. (vgl. Jürgen Grässlin: „Den Tod bringen Waffen aus Deutschland“, München 2003; Berechnung der Opferzahlen der H&K-Waffen siehe S. 353 ff.; Volltextversion des Buches im Internet unter www.juergengraesslin.com, Stichwort „Buchautor“)

Auch in Zukunft wird die neue H&K-Waffengeneration mit der Maschinenpistole MP7, den Sturmgewehren G36, HK416 sowie HK417 und dem Maschinengewehr MG4 zu den Exportschlägern zählen. Top aktuell ist eine andere Tötungsmaschine, die „unsere Art, Krieg zu führen, komplett verändern“ wird. So zielt der Journalist Martin Himmelheber US-Oberstleutnant Chris Lehner, der das Experimental Model 25, kurz XM25, als derart revolutionär einstuft wie die Panzer im Ersten Weltkrieg. Tatsächlich vereint dieses neue Waffensystem die waffentechnischen „Vorzüge“ eines Gewehrs und eines Granatwerfers mit modernster Elektronik. Das als „Wunderwaffe“ gefeierte XM25 verfügt über ein Feuerleitgerät von L3 Brashear. Die programmierbare Munition wurde von Alliant Techsystems (ATK) entwickelt, den Granatwerfer verantwortlich die Oberndorfer Waffenschmiede Heckler & Koch.

Himmelheber beschreibt in seinem investigativen Artikel Schussversuche vom August 2009 auf dem Aberdeen-Testgelände in Maryland/USA. In einem 200 Meter entfernten Gebäude wurde ein

INTERNET-LINKS

www.rib-ev.de u.a. mit allen Rüstungsexportberichten der GKKE, der Bundesregierung und von Sipri und Anti-Rüstungsexportkampagnen

www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de der DFG-VK zu den Rüstungsexporten von Daimler/EADS

www.dfg-vk.de u.a. zu Militäreinsätzen der Bundeswehr

www.juergengraesslin.com u.a. zu den Kampagnen gegen Daimler/EADS und Heckler & Koch

Zivil Courage-Graphik

„Pappkamerad“ zerfetzt, wobei der Schütze durch ein Fenster geschossen hatte, ohne den „Feind“ zu sehen. Die XM25-Munition ist mit einem Mikrochip ausgestattet, der die Munition direkt über dem Gegner zur Explosion bringen kann. „An-

genommen, eine US-Patrouille wird von einem Taliban beschossen, der sich hinter einer Mauer versteckt“, zitiert Himmelheber US-Oberstleutnant Lehner, „dann zielt der XM25-Schütze auf die Mauer. Der Laser misst 450 Meter, der Soldat gibt einen Meter dazu, weil der Talibankämpfer sich ja hinter der Mauer versteckt.“ Der eingebaute Mikrochip wird die Granate nach einem Flug von exakt 451 Metern zur Explosion bringen.

In rund vier Jahren soll das XM25 die Kriegsführung revolutionieren und „zivilisieren“ – sprich weniger Opfer unter der Zivilbevölkerung hervorrufen. Die XM25-Entwickler postulieren, das XM25 werde zivile Opfer gar vermeiden helfen. Schließlich treffe der Kombattant nicht mehr wahllos, vielmehr könne man feindliche Krieger gezielt ausschalten, die sich in einem Gebäude verschanzt oder hinter einer Mauer versteckt hielten.

Einmal mehr wird die Öffentlichkeit über die wahre Wirkung von Waffen, allen voran den Gewehren, getäuscht. Bereits heute sterben laut Schätzungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes rund 63 Prozent aller Kriegsopfer durch Gewehrpatronen. Beim XM25-Einsatz ist die Gefahr immens, dass in noch größerer Zahl als bisher unbeteiligte Zivilistinnen und Zivilisten, die gleichsam hinter Mauern und in Gebäuden und damit im Verborgenen Schutz suchen,

verstümmelt, zerfetzt und getötet werden.

Offen wird das XM25 vom amerikanischen Projektpartner ATK als „Airburst Assault Weapon“ – als Angriffswaffe – eingestuft. Hier geht es nicht um Verteidigung, sondern um Angriff, Sieg und Vernichtung. In diesem Sinne passt das XM25 in die neue Strategie militärischer Präventivschläge der US-Armee. Ist das XM25-System erst einmal auf dem Markt, so ist es nur eine Frage der Zeit, bis Terroristen in aller Welt über Beutewaffen in den Besitz der neuen Waffe gelangen. Die Gewaltspirale dreht sich weiter – wohl gemerkt auf waffentechnisch noch höherem Niveau.

AKTION AUFSCHREI – Rüstungsexporteure ächten, den Opfern eine Stimme geben!

Ansatzpunkte zur Gegenwehr gegen Rüstungsexporte gibt es in diesem Jahr genug: Vom Mitmachen bei den konzernbezogenen Kampagnen „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Rüstungsexporte!“ und der Kampagne „Stoppt das G36-Gewehr von Heckler & Koch!“ bis hin zur aktiven Unterstützung politischer Aktio-



Der Autor dieser Titelgeschichte, **Jürgen Grässlin**, ist Bundessprecher der DFG-VK, Sprecher der *Kritischen AktionärInnen Daimler* (KAD) und des *Deutschen Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen* (DAKS) sowie Vorsitzender des *RüstungsInformationsBüros* (RIB e.V.). Er verfasste er eine Vielzahl kritischer Sachbücher über die Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik. Im November 2009 erhielt er den „Preis für Zivilcourage“ der Solbach-Freise-Stiftung.

nen wie der „Birkacher Erklärung: Waf-fenexporte ächten!“ der evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Mit der neuen Kampagne *AKTION AUFSCHREI – Rüstungsexporte ächten, Opfer entschädigen!*, die am 1. September, dem Antikriegstag, ihren Start nehmen wird, soll der Handlungsdruck auf die politisch Verantwortlichen massiv erhöht werden. Nur so kann es gelingen, die Politik zur Umkehr zu bewegen und die Rahmenbedingungen zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung auf eine sinnvolle zivile Fertigung, zu schaffen. Hierzu bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, von Kirchen, Gewerkschaften und Vertretern politischer Parteien. Interessierte sind gerne zur aktiven Mitarbeit aufgerufen (*Kontakt über j.graesslin@gmx.de*).

Geschenk-Aktion: Alles muss raus!

Die DFG-VK-„Urgesteine“ Sonnhild und Ulli Thiel machen aus Altersgründen (68 und 66 Jahre) den Pazifix-Materialvertrieb in Karlsruhe nach genau vier Jahrzehnten dicht.

Von mehreren Aufklebern, Buttons, Plakaten, Postkarten und Jute-Taschen sind noch größere Mengen da, die sie kostenlos abgeben. Für die BestellerInnen der restlichen Pazifix-Materialien fallen nur die Portokosten an. Die beiden bitten alle DFG-VK-Mitglieder: „Helft mit, dass alles raus kommt und fordert die Resteliste unserer Friedensmaterialien an.“

Sonnhild und Ulli Thiel
Alberichstraße 9, 76185 Karlsruhe
Telefon 0721-55 2270, eMail suthiel@t-online.de



Nicht länger „Nur für den Dienstgebrauch“

Die Internet-Plattform www.bundeswehr-monitoring.de ist online

Von Michael Behrendt

Im Jahr 2003 meldeten sich im gemeinsamen Büro der *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* und der Wehrpflicht- und KDV-Beratungsstelle der *Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung* in Berlin zwei aktive Soldaten, die es in der Bundeswehr nicht mehr aushielten und mit ihren Erlebnissen und Erfahrungen an die Öffentlichkeit gehen wollten. Aus Angst vor Schikanen in der Truppe hatten sie sich weder an den Wehrbeauftragten des Bundestages gewandt, noch in Erwägung gezogen, Beschwerden auf dem normalen Dienstweg einzulegen.

Einer der beiden Soldaten verweigerte in diesem Zusammenhang auch den Kriegsdienst an der Waffe, der andere wollte für die letzten Monate seiner Dienstzeit „die Füße stillhalten“, da er weitere Nachteile in der Behandlung durch Vorgesetzte erwartete. Sie erzählten von dem rechtsradikalen Ton in der Kaserne. Ausbilder und Dienstgrade hatten sich unter anderem ihre Namensschilder, die an Uniform und Kopfbedeckung zu tragen sind, in Frakturschrift anfertigen lassen, ohne dass dies von höheren Vorgesetzten beanstandet wurde. Der Gemeinschaftsraum der Unteroffiziere wurde nach altem Vorbild als „Adlerhorst“ bezeichnet. Im Unterricht wurden distanzlos die Wehrmacht-Panzertruppe sowie Schlachten und Gefechte des Zweiten Weltkriegs als Ausbildungsstoff vermittelt. Als Lehrmaterial wurden auch Bücher des britischen Holocaustleugners David Irving benutzt und offen innerhalb der Kaserne ausgestellt.

Hinzu kamen noch etliche Verfehlungen im Bereich der so genannten Menschenführung. So wurde Soldaten der Zugang zum Arzt verweigert oder erschwert. Vor einer 72-stündigen Übung im Gelände erhielt der Truppenarzt die Anweisung, niemanden „krank zu Hause“ zu schreiben, sondern nur „krank auf Stube“.



Vorwärts zurück mit altdeutscher Schrift

be“. Die Folge war, dass die Kranken auch am Wochenende nicht nach Hause fahren durften. Soldaten, die „krank auf Stube“ geschrieben waren, mussten Alarmposten im Eingangsbereich stellen und gemeinsam in einem Raum auf dem kaltem Fußboden schlafen. Kranke Soldaten, die noch Innendienst leisten konnten, durften nicht in der Kantine zum Essen gehen, sondern mussten mit voller Ausrüstung ihr Essen im blechernen Essgeschirr holen. Dadurch wurden sie vor den anderen Kameraden gedemütigt.

Ein Grundwehrdienstleistender stellte nach einem Monat einen KDV-Antrag. Diesen gab er nach Rücksprache mit Vorgesetzten bei seiner Einheit ab, wo ihm Unterstützung zugesichert wurde. Die Truppe leitete den Antrag aber nicht an die zuständige Stelle weiter, sondern verschleppte ihn vier Monate. Insgesamt musste der Kriegsdienstverweigerer bis zu seiner Anerkennung über sechs Monate auf der Stube sitzen, für die Vorgesetzten das Zimmer putzen, Toiletten reinigen, den persönlichen Laufburschen spielen usw.

■ Der vielfache Einzelfall

Schon öfter hatten wir in unserer Beratungsarbeit seit 1990 von Betroffenen derartige Schilderungen über den Zustand ganzer Einheiten bekommen. Diesmal gab es aber Augenzeugen, die öffentlich darüber sprechen wollten. Trotz unserer langjährigen Erfahrungen mit der Presse gelang es uns aber nicht, das Thema und die Vorfälle in die Medien zu bringen. Von Bild bis Spiegel schlug uns eine ablehnende Haltung entgegen, keiner wollte sich wirklich mit dem Thema befassen – sei doch alles „ganz normal“.

Kurze Zeit später wurde zufällig durch ein unachtsames Gespräch in einer Bundeswehrkantine und einen offensichtlich noch wenig militärisch sozialisierten Juristen der so genannte Coesfeld-Skandal ins Rollen gebracht. Plötzlich meldeten sich dieselben Medienvertreter bei uns im Büro, die vorher von „unserem Skandal“ nichts wissen wollten. Weil Augenzeugen aus Coesfeld nicht zu haben waren, waren „unsere“ plötzlich doch interessant. Die Bildzeitung ging sogar so weit, aus einem unserer Augenzeugenberichte ohne persönlichen Kontakt die Titelschlagzeile zu machen: „Erstes Folter-

opfer packt aus!“ Politiker und Militärs beeilten sich wie immer, Gegendarstellungen abzugeben, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Der damalige Kriegsminister Peter Struck murmelte noch die Worte „bedauerlicher Einzelfall“ in seine Pfeife, als auch schon sechs weitere Vorkommnisse, in denen Untergebene durch Vorgesetzte offenbar misshandelt worden waren, durch die Medienlandschaft zirkulierten und aufgeblasen wurden. Nun stürzten sich auf einmal Zeitungsmacher und Reporter alle auf das Thema, bauschten es auf und käuten es wieder, ohne tatsächlich für Aufklärung und Transparenz zu sorgen.

Coesfeld wird von Bundeswehr und Politikern immer noch als einzigartiger Ausrutscher dargestellt. Doch betrachtet man die Geschichte der Gewaltinstitution Bundeswehr, dann stellt man fest, dass ein erstaunlich ähnlicher Fall aus dem Mai 1974 bereits öffentlich bekannt war. Zum Abschluss eines Lehrgangs an einer Heereschule fand eine „Durchschlageübung“ statt, an der mehr als 100 Teilnehmer als „Gefangene“ beteiligt waren. Sie wurden in einen feuchten Bunker gesperrt, dessen Wände mit Nägeln und Haken versehen waren, damit die „Gefangenen“ sich weder anlehnen noch ausruhen konnten. Stehend und ohne Verpflegung wurden sie über einen Zeitraum von 15 Stunden mit Dreckwasser und Trockenlöschpulver bespritzt. Ihre Notdurft mussten sie in dem Bunker verrichten. Mindestens ein Soldat wurde am zweiten Tag der Übung vor einer „Vernehmung“ zu einer „Morgengymnastik“ befohlen und sollte sich dafür ausziehen. Nachdem er das verweigert hatte, wurden ihm die Hände auf den Rücken gefesselt, er wurde mit einem Strick nach oben gezogen, am Bunkerdach befestigt und anschließend mit kaltem Dreckwasser begossen. Nach 30 Minuten wurde er mit einem Strick um den Hals zum „Verhör“ gebracht und erneut mit Wasser übergossen. Danach wurde er in einen anderen Bunker gebracht, in den er sich gefesselt auf den Boden legen musste, der etwa zehn Zentimeter hoch mit eiskaltem Schmutzwasser bedeckt war. Anschließend brachen die Wachmannschaften die „Behandlung“ ab. Lediglich dieser eine Soldat beschwerte sich beim Wehrbeauftragten. Bei der Untersuchung des Vorfalles wurde festgestellt, dass diese

Übung ohne jede Beanstandung durch Vorgesetzte und ohne Beschwerden von Betroffenen bereits mehrfach abgehalten wurde und zur „Selbstdisziplin und Härte“ der Soldaten führen sollte.

schuss und den Wehrbeauftragten des Bundestags Einblick. Abgesehen von den offiziellen Wehrbeauftragtenberichten sind diese überdies oft vertraulich.

Die Idee zur zielgerichteten Beobachtung der Bundeswehr entstand somit einerseits aus unseren Erfahrungen mit den Betroffenen und ihrer Hilflosigkeit im System Bundeswehr, andererseits aus den Erfahrungen mit der Institution Bundeswehr selbst, die im Zweifelsfall die Macht hat, vieles zu verheimlichen, was sich negativ auswirken könnte. Der Umgang der Medien mit dem Thema führte ebenso zu der Erkenntnis, dass unabhängige Aufklärung Not tut.

Zunächst schrieben wir Gruppen an, die im Bereich der Friedensbewegung mit Kriegsdienstverweigerung oder dem Thema Bundeswehr zu tun hatten, und informierten darüber, dass wir Augenzeugenberichte von Wehrpflichtigen und Kriegsdienstverweigerern aus der Truppe sammeln. Wir mussten erkennen, dass auf diesem Weg keine repräsentativen Ergebnisse erzielt werden konnten. Da die Arbeitsstelle schon immer zu Bundeswehrthemen kritisch Stellung bezog, waren trotzdem viele unserer aktiven und ehrenamtlichen Mitarbeiter und Unterstützer von der Idee eines solchen Projekts angetan. In einem langen Diskussionsprozess wurde daraus das konkrete Bundeswehr-Monitoring, mit dem wir nun an die Öffentlichkeit gehen.

Das Projekt Bundeswehr-Monitoring ist eine datenbankgestützte Internetplattform, auf der die Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung zu verschiedenen Themenbereichen der Bundeswehr und der Militärpolitik der Bundesregierung Informationen sammelt und dauerhaft öffentlich zugänglich macht. Dazu gehören zum Beispiel Meldungen zur Wehrpflichtpraxis ebenso wie Berichte aus dem Rüstungsbereich, Nachrichten von den Einsätzen der Bundeswehr im In- und Ausland und aus dem Innenleben der Streitkräfte. Wir sammeln auch Nachrichten, die dokumentieren, wie das Militär sich zivile Institutionen, z.B. Schulen oder Arbeitsämter, zunutze macht. Zu diesem Zweck werten wir Tages- und Wochenzeitungen aus, außerdem Zeitschriften, Online-Medien, Berichte aus der Forschung sowie Informationen aus dem Bundestag, die beispielsweise über die

Antworten auf Kleine Anfragen bekannt werden. Gerüchte oder Meldungen ohne Quelle können wir nicht weitergeben.


Wir bieten sieben Kategorien an, in denen die Informationen gesammelt und in chronologischer Reihenfolge angeboten werden: Auftrag und Struktur, Wehrpflicht, Innenansichten, Militarisation, Einsätze Ausland, Einsätze Inland und Rüstung. Alle Quellen und Quelltexte zu den Meldungen werden von uns archiviert. Zusätzlich bieten wir eine Stichwortsuche und eine Volltextsuche an. Dabei haben wir die Stichwörter nach inhaltlichen Aspekten vergeben, nicht danach, ob das Wort auch im Text der Meldung vorkommt. Wir orientieren uns an allgemeineren Begriffen, nach denen NutzerInnen suchen könnten.

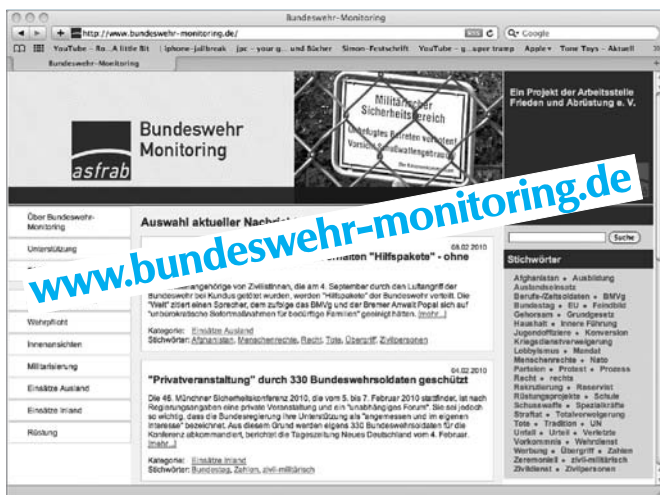
Zusätzlich zu den Meldungen gibt es jeweils zu den einzelnen Kategorien Dokumentensammlungen. Hier sammeln wir Links zu offiziellen Dokumenten wie beispielsweise Gesetzen, Erlassen, Studien oder Antworten auf Kleine Anfragen im Bundestag. Diese Sammlung von offiziellen Dokumenten zur Bundeswehr im Internet ist einzigartig.

In der Zusammenschau aller einzelnen Fakten und Tatsachen entsteht ein aussagekräftiges Bild, jenseits von Hochglanzbroschüren der Bundeswehr oder Selbstdarstellungen von professionell ausgebildeten und rhetorisch geschulten Jugendoffizieren, die nur eine Seite der Medaille verkaufen wollen. Durch ständig aktualisierte Sammlung von Texten, Meldungen und Dokumenten kann die breite Öffentlichkeit sich ein umfassendes Bild über die Institution Bundeswehr machen.

Wir freuen uns auf viele Besucher und Besucherinnen auf der Internetseite und über Anregungen und Kritik, natürlich auch Material für die Seite.

Bundeswehr-Monitoring ist für die Nutzer kostenlos, nicht aber für uns! Schon in der Entstehungsphase haben Programmentwicklung, Layout und Redaktion hohe Kosten verursacht. Bisher finanziert die Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung das Projekt so gut wie komplett aus eigenen Mitteln, sieht man von einer Anschubförderung ab. Einen großen Teil dieser Förderung verdanken wir der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK. Auch der laufende Betrieb verursacht Kosten. Nur so können wir tagesaktuell und umfassend informieren. Deshalb bitten wir um Spenden und freuen uns über jedes neue Fördermitglied bei der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung! Mehr Informationen auf www.asfrab.de oder www.Bundeswehr-Monitoring.de

Michael Behrendt ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung. 



Ständig aktualisiert: Kritische Informationen über die Bundeswehr

Licht ins Dunkel bringen

An Transparenz und Ehrlichkeit mangelt es im Bereich der Kriegspolitik ganz besonders. Niemand wird schon aus Erfahrung und lange antrainierter Gewohnheit den Zeigefinger erheben und fordern, dass ein „verteidigungswichtiges Dokument“ mit der Aufschrift „Geheim – nur für den Dienstgebrauch“ tatsächlich immer und überall öffentlich bekannt gemacht wird. In bestimmten Fällen ist diese Verschwiegenheit sicherlich nachvollziehbar. Ist Geheimniskrämerei aber demokratieverträglich, wenn behauptet wird, alle Macht ginge vom Volke aus? Und ist es nicht Geheimniskrämerei, wenn alles automatisch den Stempel „Geheim“ bekommt, was mit militärischem Handeln zu tun hat? Mit dem Nimbus der Geheimhaltung ausgestattet gelang es aber in unserer Demokratie der größten und gefährlichsten, weil mit Gewaltmonopol und scharfen Waffen ausgestatteten Institution, dass mittlerweile eine ganze Einheit wie das Kommando Spezialkräfte mit bis zu tausend Mann quasi tun und lassen kann, was sie will. Man bekommt das Gefühl, dass offensichtlich kaum ein Volksvertreter so genau wissen will, was eine solche Einheit tatsächlich macht.

Alles in allem hat dieser Nimbus in den mehr als 50 Jahren ihres Bestehens die Bundeswehr vor öffentlicher und gesellschaftlicher Kontrolle geschützt. Soldaten verpflichten sich bereits bei Dienstantritt, Stillschweigen über Erlebnisse bei der Bundeswehr zu bewahren. Das besondere Dienstverhältnis und die Hierarchie tun ihr übriges. Der Bundestag als Stellvertreter unserer Gesellschaft erhält lediglich über den Verteidigungsaus-



Demokratisch unkontrollierbar

Die Aufklärung des Kundus-Massakers im Bundestag

Von Inge Höger

Wer ist verantwortlich für das Blutbad, das in der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 auf einer Sandbank im Kundus-Fluß stattfand? War es das Fehlverhalten einzelner Soldaten, oder trägt die damalige rot-schwarze Koalition die alleinige Verantwortung? Haben Verteidigungs- und Außenminister sowie die Kanzlerin sehr schnell gewusst, dass bei dem Bombardement zahlreiche Zivilisten ums Leben gekommen sind? Und haben sie dennoch bewusst die Öffentlichkeit belogen, um nur ja im Bundestagswahlkampf keine zusätzliche schlechte Presse zu bekommen? All diesen Fragen geht seit kurzem ein Untersuchungsausschuss des Bundestags nach.

Auch wenn es für jeden halbwegs kritischen Menschen klar sein wird, dass alle oben aufgeworfenen Fragen mit „ja“ zu beantworten sind, könnte der Untersuchungsausschuss noch allerhand politischen Sprengstoff ans Tageslicht bringen. So hat sich bereits beim ersten Termin gezeigt, wie eng Bundeswehr und Geheimdienste zusammenarbeiten und wie schwierig im Nachhinein die Kontrolle dieser Grauzone ist – einmal abgesehen davon, dass die Trennung von Bundeswehr, Polizei und Geheimdiensten eine der wichtigen Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg war.

Für die parlamentarische Untersuchung wurde der Verteidigungsausschuss zum Untersuchungsausschuss er-

klärt. Da der Verteidigungsausschuss in der Regel nicht öffentlich tagt, werden nun große Teile der Ermittlungsarbeit hinter verschlossenen Türen stattfinden, und es hängt stark am fortgesetzten Interesse der Medien, ob die Ergebnisse der Untersuchungsarbeit auch tatsächlich öffentlich wahrgenommen werden.

In den ersten Sitzungen werden verschiedene am Einsatz beteiligte Bundeswehrsoldaten gehört, und ab Ende März wird auch die politische Ebene, also Kanzlerin, Minister und Staatssekretäre vor dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort stehen müssen. Die CDU/CSU hatte verbissen versucht, zuerst sämtliche Zeugen aus der Bundeswehr zu hören, bevor die verantwortlichen Politiker als Zeugen geladen werden – die Absicht dahinter ist klar: Die Union versuchte, die politisch schwierigen Termine erst nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen stattfinden zu lassen. Dass dies nicht der Fall ist und die politisch Verantwortlichen sich, im Gegensatz zu den Soldaten, nun doch im ausnahmsweise öffentlich tagenden Verteidigungsausschuss verantworten müssen, ist sicher ein wichtiges Ergebnis von Oppositionsarbeit im Parlament, gekoppelt mit öffentlichem Druck.


Da dennoch wesentliche Aspekte hinter verschlossenen Türen verhandelt werden, ist es für mich als überzeugte Antimilitaristin wichtig, so viele der kritischen Punkte aus dem Un-

tersuchungsausschuss wie möglich in die öffentliche Debatte zu bringen.

Die Arbeit im Ausschuss wird durch vieles massiv erschwert: Es fehlen schon jetzt wichtige Unterlagen, und Verantwortliche haben auffällige Gedächtnislücken. Der gesamte Apparat der Bundeswehr, ihr Einsatzführungskommando in Potsdam und das Verteidigungsministerium verteidigen sich gegen Anschuldigungen und Ermittlungen durch Öffentlichkeit und Ausschuss beinahe so strategisch durchdacht und gut abgestimmt wie gegen einen militärischen Feind. Doch auch wenn dieser ganze Apparat „mauert“, so stärkt dies doch meine und unsere Antikriegsposition.

Formal ist die Bundeswehr eine Parlamentsarmee, doch wenn der Bundestag keine ausreichenden Informationen über wesentliche Entscheidungen und Aktionen der Bundeswehr hat, dann ist diese parla-

mentarische Kontrolle eine Farce. Wenn es nicht oder nur extrem schwierig möglich ist, für dieses größte Blutbad durch deutsche Soldaten seit Ende des Zweiten Weltkriegs die tatsächlich Verantwortlichen zu identifizieren, dann ist es klar – zumindest für diejenigen, die diesen Beweis noch gebraucht haben – dass eine Armee nicht demokratisch kontrollierbar ist, dass sie früher oder später eine verschworene Gemeinschaft ist, deren Aufgabe schlussendlich im Töten und Getötet-werden besteht. Die Delegitimierung sowohl des Krieges, als auch der dafür eingesetzten Armee ist für mich ein wichtiges politisches Ziel der Ausschussarbeit.

So tragisch die Vorfälle in Kundus auch sind, sie erhöhen doch den öffentlichen Druck auf die Regierung, den Afghanistaninsatz zu beenden. Damit wenigstens nicht noch mehr Menschen durch deutsche Soldaten oder auf Befehl deutscher Soldaten sterben müssen, ist es die Aufgabe der Friedensbewegung und von linken Antikriegs-ParlamentarierInnen, die Antikriegsstimmung in der Bevölkerung in unübersehbaren Protest zu verwandeln. 



Inge Höger ist DFG-VK-Mitglied und Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion. Sie ist eine von vier Mitgliedern der Linken im Verteidigungsausschuss.

Blanker Militarismus: Offiziere in der Schule

Friedensbewegung kritisiert Kooperation zwischen Schule und Bundeswehr

Von Stefan Philipp

Was sind Militarismus und Militarisierung der Gesellschaft? Beispielsweise die Veranstaltung von Rekrutenvereidigungen im öffentlichen Raum. Oder wenn das öffentliche Gelöbnis vor dem Reichstag im letzten Jahr vom TV-Sender „Phoenix“ live übertragen wird und der gemeinsame Spartenkanal von ARD und ZDF – Programmgrundsatz: „Es sollen Hintergründe erhellt und Zusammenhänge dargestellt werden.“ – lediglich eine unbedarfte Reporterin einsetzt und die Kommentierung in wesentlichen Teilen einem Presseoffizier der Bundeswehr überlässt. Oder wenn Kultusministerien mit der Bundeswehr Kooperationsvereinbarungen treffen, nach denen Offiziere im Rahmen der politischen Bildung im Schulunterricht oder bei der Aus- und Fortbildung von ReferendarInnen und LehrerInnen eingesetzt werden.


Solche Vereinbarungen gibt es in mehreren Bundesländern, jüngstes Beispiel ist Baden-Württemberg. Dort vereinbarte das Kultusministerium Anfang Dezember mit dem Wehrbereichskommando IV der Bundeswehr eine „enge Zusammenarbeit“. Kultusminister Rau behauptete dabei von den Jugendoffizieren: „Sie sind Profis der politischen Bildung und nicht Werbung für die Bundeswehr.“ Generalmajor Wessels lobte als Befehlshaber die „seit Jahrzehnten besonders enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit“. Soldaten seien „an den Standorten in Baden-Württemberg voll integriert und fester Bestandteil des öffentlichen Lebens. Vor diesem Hintergrund war es für uns dann nur konsequent, diese Kooperationsvereinbarung zu schließen, um diese gute Zusammenarbeit auch formal zu unterstreichen und dies für die Öffentlichkeit deutlich zu machen.“ Militarismus in Reinkultur. Wenn das Militär glücklicherweise nicht mehr wie in früheren Zeiten die „Schule der Nation“ ist, dann geht die Bundeswehr direkt in die Schule. Grund genug für die Friedensbewegung, das deutlich zu kritisieren und Protest zu organisieren.

Was aber ist die pazifistisch-antimilitaristische Forderung? Etwa: „Wenn die Bundeswehr in die Schulen darf, dann wollen wir das auch.“ Oder aber: „Militär hat in der Schule nichts zu suchen.“ Der baden-württembergische DFG-VK-Landesverband entschied sich zunächst für die erste Variante und suchte MitunterzeichnerInnen für ein öffentliches Protestschreiben an den Kultusminister. Nach deutlicher Kritik aus dem Bündnisbereich wurde der Brief überarbeitet. Nun heißt es in dem von über 70 Organisationen und Einzelpersonen mitgetragenen Brief: „Wir lehnen eine solche Kooperationsvereinbarung grundsätzlich ab: Jugendoffiziere vermitteln und legitimieren eine Politik, der nicht nur wir, sondern auch große Teile der Bevölkerung kritisch gegenüberstehen. So spricht sich ein großer Teil der Bevölkerung gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr aus. Die Aufgabe der Jugendoffiziere besteht darin, Jugendliche von einer Politik zu überzeugen, die Krieg und Militär als Mittel der Politik einsetzt. Es ist kaum zu erwarten, dass Jugendoffiziere die Argumente derjenigen, die dieser Politik kritisch oder ablehnend gegenüberstehen, vermitteln.“ Die Forderung deshalb: „Kündigen Sie die Vereinbarung mit der Bundeswehr wieder auf!“


Allerdings heißt es in dem Schreiben auch: „Zumindest aber muss diese Vereinbarung ein Gegengewicht in Gestalt einer entsprechenden Übereinkunft mit den Friedensorganisationen bekommen.“ Der Minister wird deshalb aufgefordert, „baldmöglichst Vertreter der Friedensorganisationen zu einem Gespräch über Möglichkeiten der Zusammenarbeit“ einzuladen. Die Botschaft der Demonstration Ende Januar in Freiburg war klarer: Bundeswehr raus aus den Schulen!

Stefan Philipp ist Chefredakteur der **ZivilCourage**.





Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT



Kooperationsvereinbarung

zwischen dem

**Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg**

und dem

**Wehrbereichskommando IV - Süddeutschland -
der Bundeswehr**

I

Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

II

Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Kooperationsvereinbarung. Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schulen und Lehrkräfte zu unterstützen, die mit ihren Schülerinnen und Schülern sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeiten. Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein. Die Schülerinnen und Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern. Hierbei werden alle allgemein bildenden Schulen der Sekundarbereiche I und II und die beruflichen Schulen einbezogen. Jugendoffiziere werben nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr.

Auf dieser Grundlage vereinbaren wir:

- eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, des Schulgesetzes des Landes Baden-Württemberg und der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums „Leitlinien der Fortbildung und Beratung an Schulen“ vom 26. Mai 2006.
- die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften.
- die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport und der Regierungspräsidien bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen.
- die Veröffentlichung von Bildungsangeboten, insbesondere im Amtsblatt Kultus und Unterricht und in den Onlinemedien des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und des Wehrbereichskommandos IV und der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Baden-Württemberg.
- die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung durch regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Regierungspräsidien.
- Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.



Kein Militär in der Schule: Demo am 23. Januar in Freiburg/Breisgau

Die globale Bandbreite von Friedensarbeit

Internationale Friedenskonferenz – Kontrapunkt zur Münchner Sicherheitskonferenz

Von Tommy Rödl

Zum bereits achten Mal fand am ersten Februarwochenende in München die internationale Friedenskonferenz als inhaltliche Gegenveranstaltung zur Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik statt. Während in den Medien viel die Rede war von neuer Politik und einem neuen Stil in der Sicherheitskonferenz, die sich zu einem wichtigen Forum für internationalen Dialog entwickelt habe, betonte der Trägerkreis der Friedenskonferenz, dass sich bisher nur die Rhetorik, nicht aber die tatsächliche Politik verändert habe. Real würden weiter Kriege geführt und Menschen getötet – und die dafür verantwortlichen Politiker seien auch auf der Sicherheitskonferenz zu finden. Also sei die Demonstration auf der Straße genauso nötig wie die Präsentation von zivilen Konzepten für Frieden und Abrüstung.

Die Konferenz begann mit einem Multimediovortrag von Peter Bürger über „Kriegspropaganda durch Hollywood & Co“, in dem er ausführlich und fundiert die Propagandamechanismen der Unterhaltungsindustrie aufzeigte und die Verflechtung zwischen Unterhaltungsindustrie, Rüstungswirtschaft und Militär offenlegte. Jenseits seiner Thesen zeigten die Kriegsbilder in den Filmbeispielen eindringlich die Notwendigkeit unseres Engagements und die Notwendigkeit unserer Friedenskonferenz.

Für den zweiten Abend hatten wir das Thema „Afghanistan – Wege aus der Sackgasse“ gewählt. Dabei sollten zivile Konzepte zur Diskussion gestellt werden, die zu einem Waffenstillstand, einem Friedensprozess und schließlich zu einem Abzug der fremden Truppen führen. In der inhaltlichen Vorbereitung hatte der Trägerkreis bewusst als wichtigstes Kriterium für eine zivile Lösung „die Sicherheit und die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen“ formuliert. Derzeit scheint es eine Vorgabe in der Antikriegsbewegung zu geben, die Hauptforderung müsse der sofortige Abzug von Bundeswehr und Nato sein und nicht etwa ein Waffenstillstand mit nachfolgendem Friedensprozess.

Christoph Hörstel, Autor der Bücher „Sprengsatz Afghanistan“ und „Brandherd Pakistan“, Herbert Sahlmann, Ex-Bauftragter des Bundesministeriums für Zusammenarbeit für Kundus, und Jürgen Rose, Bundeswehroffizier und Autor des

Buchs „Ernstfall Angriffskrieg“, legten zunächst dar, welche vielschichtigen Konflikte es in Afghanistan gibt, welche Interessen die „global players“ USA, China und Russland verfolgen, und dass alle Nachbarstaaten sich in Afghanistan einmischen, und wie die Bundesrepublik ihre Interessen in Afghanistan definiert: Mit Hilfe der Nato auf Seiten der USA, solange Deutschland oder die EU noch nicht alleine intervenieren können.

In der zweiten Runde stellte Christoph Hörstel sein Befriedungskonzept vor. Am Anfang habe ein Waffenstillstand zu stehen, dann sollten die herkömmlichen Selbstverwaltungsstrukturen gestärkt und durch Wahlen der Provinzgouverneure ergänzt werden. Parallel dazu sollten Vermittlungsinstanzen zur Bearbeitung der Konflikte auf lokaler und regionaler Ebene aufgebaut werden. Gleichzeitig sollen die ausländischen Truppen schrittweise reduziert werden. Dieser Friedensprozess solle zunächst in einigen Provinzen beginnen und dann schrittweise auf ganz Afghanistan ausgeweitet werden. Die sukzessive Rückkehr zur Souveränität solle auch das Motiv für bewaffnete politische Gruppen sein, einen Waffenstillstand auszuhandeln und zu respektieren. Sicherlich kein einfaches Konzept – und das Haupthindernis: die imperialen Interessen der USA und ihrer alliierten Kolonialmächte, die in Afghanistan eine dauerhafte Militärbasis errichten wollen, die den „Krieg gegen den Terror“ als Vorwand brauchen und den Terrorismus gleichzeitig fördern und finanzieren – „Terrormanagement“, wie Hörstel das bezeichnete.

Die Diskussionsrunde bot den etwa 100 BesucherInnen eine Fülle von Fakten und Argumenten. Wie nicht anders zu erwarten gab es kontroverse, aber friedlich vorgetragene Kommentare aus dem Publikum.

■ Entfeindung ist möglich

Höhepunkt der Friedenskonferenz war das internationale Forum am Samstag im Saal des Alten Rathauses der Stadt München. Etwa 300 BesucherInnen waren gekommen, um drei Beiträge zur Frage „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ zu hören. Michael Henderson aus Großbritannien, Alejandra Londono aus Kolumbien und Cynthia McKinney aus den USA

waren unserer Einladung gefolgt. Damit hatten wir ein internationales und farbiges Podium

Michael Henderson ist Fernseh-Journalist, der in mehr als 20 Ländern gearbeitet und längere Zeit auch in Deutschland und den USA gelebt hat. Wir sind auf ihn aufmerksam geworden durch sein Buch „Die Macht der Vergebung“, herausgegeben vom Bund für Soziale Verteidigung. Er hat eine Reihe von Prozessen der Versöhnung und Entfeindung nach Kriegen oder Bürgerkriegen untersucht. So berichtete er in seinem Vortrag über die deutsch-französische Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg, über den Friedensprozess in Nordirland, über die Versöhnung in Südafrika nach dem Ende der Apartheid sowie über Beispiele für Verständigung und Begegnung zwischen muslimischen und christlichen Extremisten in Nigeria. Zentral für einen Prozess der Entfeindung ist die Fähigkeit zur Vergebung und zum Dialog. Selbstverständlich sind Versöhnung und Entfeindung keine schnellen Veränderungen, sondern lange dauernde Prozesse im Bewusstsein von Menschen, die Teile eines Konfliktes oder Krieges waren und sich als Feinde betrachteten.

Henderson: „Gandhi predigte gewaltfreien Widerstand, und diese Botschaft ist heute genau so gültig wie damals. Gewaltfreier Widerstand braucht vielleicht lange Zeit, um zu gedeihen. Aber eines ist sicher: Gewalt bringt nie Erfolg. Es gibt keine Friedens-Straßenkarte. Meine Beispiele sind nicht notwendigerweise Erfolgsgeschichten sondern sind ein Beweis, dass Entfeindung möglich ist. Es gibt keine schnelle Lösung. Man muss bereit sein, einen langfristigen Prozess zu begleiten.“

Alejandra Londono kommt aus Medellin in Kolumbien, ist 26 Jahre und studiert Geschichte. Seit ihrem 17. Lebensjahr ist sie im Jugendnetzwerk „red juvenil“ aktiv (Das spanische „red“ bedeutet „Netz“, nicht „rot“). Dieses Netzwerk hat sich den War Resisters´ International angeschlossen, denen auch die DFG-VK angehört. Meinen Vorschlag, eine Vertreterin dieser Bewegung einzuladen, hat der Trägerkreis der Konferenz gerne aufgegriffen. Das „Jugendnetzwerk“ ist als Reaktion auf den Bürgerkrieg in Kolumbien entstanden. Der Bürgerkrieg wiederum hat seine Wurzeln in der Konzentration

des Reichtums in den Händen einer kleinen gesellschaftlichen Elite, während andererseits große Teile der Bevölkerung in Armut leben und der Staatsapparat den politischen Veränderungswillen unterdrückt. Doch der bewaffnete Bürgerkrieg steckt seit Jahren in einer Sackgasse. Die linke Guerilla (Farc) kontrolliert einen Teil des Landes, hat aber keine Chance, die Staatsgewalt zu übernehmen angesichts der Überlegenheit der regulären Streitkräfte und der rechten Guerilla (ELN). Zur Aufrechterhaltung ihrer Macht und Kontrolle über Teile des Landes hat die Farc militärische Strukturen entwickelt und zu kriminellen Methoden gegriffen, um ihren Apparat finanzieren zu können. Red Juvenil will die Einsicht verbreiten, dass der soziale Konflikt in Kolumbien nicht mit Waffengewalt zu lösen ist. Die Aktivisten verweigern den Kriegsdienst bei der kolumbianischen Armee, sie weigern sich aber auch, zu einer anderen bewaffneten Gruppe zu gehen. In Medellin und anderen Städten versuchen sie, die Jugendlichen mit ihrer Idee der Gewaltfreiheit zu erreichen. Sie veranstalten Konzerte oder andere kulturelle Happenings, sie entwickeln Bildungsprogramme und vielfältige Angebote, um ihre Altersgenossen von der Notwendigkeit der Abkehr vom Militarismus und der Möglichkeit der Entwicklung einer Kultur der Gewaltfreiheit zu überzeugen.

Zielsetzung sei, so Alejandra Londono, wieder in der politischen Sphäre über den bewaffneten Konflikt verhandeln zu können und mit gewaltfreien Methoden und Mitteln des zivilen Widerstandes und Ungehorsams für eine Veränderung der sozialen Verhältnisse zu arbeiten. Ihr Vortrag entfaltete eher die politisch-philosophische Konzeption hinter der Arbeit von red juvenil, das sich sehr selbstbewusst in die Geschichte von Krieg und Frieden im 20. und 21. Jahrhundert einordnet und den Konflikt in Kolumbien in einen internationalen, historischen machtpolitischen und gesellschaftspolitischen Kontext einordnet. Das klingt „heavy“ – und das war es auch; der temperamentvolle und flotte Vortrag wurde zur echten Herausforderung für unser Übersetzungsteam.

Beim Diskussionsforum mit den ReferentInnen am Sonntagvormittag nutzte Alejandra die Gelegenheit, anschaulicher und konkreter über einzelne Aktionen, Kampagnen und die Situation der Kriegsdienstverweigerer zu berichten.



Historisches Ambiente: Friedenskonferenz im Münchner Altes Rathaus

■ Die Hoffnung nicht aufgeben

Der Glanzpunkt des internationalen Forums war die Rede von Cynthia McKinney. Sie war die erste Afro-Amerikanerin, die 1992 aus dem Bundesstaat Georgia in das US-Repräsentantenhaus gewählt wurde. Schon während der Regierungszeit von Präsident Clinton stimmte sie häufig gegen die Linie der demokratischen Partei. Sie wandte sich gegen die hohen Militärausgaben, setzte sich ein gegen Rassendiskriminierung und für die Interessen der Vietnamkriegsveteranen. Sie stimmte gegen die Kriege in Irak und Afghanistan und erhob Anklage gegen Präsident Bush, Verteidigungsminister Cheney und Beraterin Rice. Sie hat sich auch für die Rechte der Palästinenser eingesetzt und an Protestaktionen in Palästina teilgenommen. Die pro-israelische Lobby in Washington habe, so sagte sie in ihrem Vortrag, alle Hebel der Macht genutzt, um sie aus dem Kongress hinauszuerwerfen. Sie wurde dann bei den Vorwahlen der demokratischen Partei nicht mehr aufgestellt und wechselte zur grünen Partei, für die sie 2008 für die Präsidentschaft kandidierte.

Schwarze und Latino-Amerikaner seien die eigentlichen Verlierer der Finanzkrise, so McKinney, sie hätten mit ihren Zinszahlungen die Banken gefüttert. Ausführlich ging sie auf die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in den USA ein. Neben den Verlierern gäbe es auch Gewinner in den USA, die Freundeskreise, die „Basis“ von Präsident Bush, der die US-Amerikaner ausgeraubt habe. Daher müsse „der Zweck der politischen Aktivitäten sein, den groß angelegten Diebstahl einer Nation unter der Maske von „Hoffnung“, „Wandel“ und „Yes we can“ zu vereiteln.

Ausführlich, lebhaft und rhetorisch-routiniert erzählte sie von ihren vielfältigen Aktivitäten im Kongress und außerparlamentarisch. Leider ging sie nicht auf die Frage ein, ob unter Obama tatsäch-

lich Abrüstung zu erwarten sei. Sie gab die Antwort aber indirekt, indem sie mehrfach ansprach, dass es neben, hinter oder über den Politikern die eigentlichen Drahtzieher und Gewinner der Krise und der Kriege gäbe. Trotzdem sprach sie uns Mut zu – wir dürften die Hoffnung nicht aufgeben, dass Menschen aus der Konformität ausbrechen und immer mehr die Priorität auf Frieden setzten.

„Schließlich brauchen wir einen Wählerblock, der Frieden und die Haushaltsprioritäten für Frieden und für die Bedürfnisse der Menschen über alle anderen Spezialinteressen stellt. Dieser Wählerblock wird keinen Kandidaten der Kriegspartei unterstützen. Weil es jedermann, der sich um den Frieden sorgt, kristallklar sein sollte, dass wir nicht von hier nach dort kommen können, wo wir hinwollen, indem wir das tun, was diejenigen, die für diesen Durcheinander verantwortlich sind, von uns erwarten. Wir müssen etwas anderes tun, um unser Land zurückzubringen und unser Land besser zu machen.“

Für VeranstalterInnen und BesucherInnen repräsentierte das Podium an diesem Abend, für einige Stunden und schlaglichtartig, die inhaltliche und globale Bandbreite von Friedensarbeit.

Das Munich American Peace Committee verlieh Cynthia Mc Kinney anschließend den Friedenspreis „peace through conviction“ – Friede durch Überzeugung.

Das Diskussionsforum am Sonntagvormittag war leider schwach besucht. Alle drei ReferentInnen argumentierten bzw. plädierten für Gewaltfreiheit. Die Argumente erreichen weder die etablierten Medien – eine dünne, aber immerhin korrekte Berichterstattung gab es in der Süddeutschen Zeitung –, noch die „anti-imperialistischen“, „autonomen“ oder wie immer „linken“ politischen Diskussionszirkel und Che-Guevara-Fanclubs in diesem Lande, die immer noch an den gerechten revolutionären Krieg glauben; Parole bei der Demo gegen die Sicherheitskonferenz: „No War but Class War“ (Kein Krieg außer Klassenkrieg).

Alle Beiträge zur Friedenskonferenz sind auf der Homepage www.friedenskonferenz.info nachzulesen.

Tommy Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern, Geschäftsführer des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerkes der bayerischen DFG-VK und Hauptorganisator der Friedenskonferenz.

Die Belagerung Gazas beenden

1.300 Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen aus aller Welt beim Gaza-Freedom-March

Von Elsa Rassbach

Es war hauptsächlich wegen meines Apothekers, dass ich mich Ende November entschieden habe, am Gaza-Freedom-March teilzunehmen. Seit langem habe ich mich immer wieder über seine warmherzige und charmante Art, mit der er mich und andere Kunden mit einem leichten ausländischen Akzent zu unseren Wehwehchen oder Schlimmerem berät. Die nette junge Frau, die ihm assistiert, trägt stets ein Kopftuch; und irgendwann habe ich erfahren, dass mein Apotheker aus Gaza stammt.

Wir kamen mehr und mehr ins Gespräch. Hoffnungsvoll, aber doch etwas ängstlich wollte er von mir wissen, ob Obama besser als seine Vorgänger mit den Palästinensern umgehen wird. Und

Die Kairoer Erklärung

Außer der neuen internationalen Aufmerksamkeit für die Lage in Gaza war das Hauptergebnis der Zusammenarbeit der internationalen Delegierten die Kairoer Erklärung vom 1. Januar, die von südafrikanische Gewerkschaftern initiiert wurde. Inspiriert durch den erfolgreichen Kampf gegen das Apartheidsystem in Südafrika setzt die Erklärung auf „Boycott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt.“ Zur Unterstützung und Verbreitung der Erklärung siehe <http://cairodeclaration.org/lang.de> (Siehe auch die Webseite www.bdsmovement.net)

Weitere Infos zum Freedom-March: Ausführliche Infos mit vielen Links zu Berichten, Meinungsbeiträgen, Fotos und Videos auf der (engl) Homepage www.gazafreedommarch.org; auch www.gazafreedommarch.ch (die deutschsprachige schweizerische Webseite). Die etwa 300 französischen Delegierten, die in Kairo vieles zur Entwicklung des zivilen Widerstands beigetragen haben, sind vorwiegend in der Organisation Euro Palestine vernetzt; Informationen dazu auf der Homepage www.europalestine.com

Weitere Aktionen:

Unterstützung der Schiffe der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost (www.juedische-stimme.de) und der European Jews for a Just Peace (www.ejpp.org), die im Frühjahr für die Kinder in Gaza u.a. Medizin, Schulbücher, Kleidung und vor allem Musikinstrumente bringen werden. Die Leiterin dieser Kampagne ist Edith Lutz, die Koordinatorin der deutschen Delegation des Gaza-Freedom-March.

dann kamen nach und nach persönliche Details: Mein Apotheker kann seine Familie in Gaza, ein Bruder, zwei Schwestern und den Vater, nicht besuchen. Diese leben, so meint er, wie in einem großen Gefängnis, in dem den Inhaftierten nach und nach alles entzogen wird: Nahrung, Wasser, Obdach, Medizin, Arbeit, Ausbildungschancen, und oft sogar das Leben.

Er meint, dass bei der demokratischen Wahl 2006 in Gaza die Wähler in erster Linie die Korruption der Fatah bestrafen wollten, dass sie zu der Zeit Hamas als „das kleinere Übel“ betrachteten, etwa so, wie wir US-AmerikanerInnen zwischen den Republikanern und den Demokraten entscheiden müssen. Dabei versteht sich mein Apotheker gar nicht als „politisch“, nimmt nicht an Demos und dergleichen teil. Er ist ein Geschäftsmann, der in Deutschland, so weit ich sehen kann, gut integriert ist. Er erträgt seine Angst und sein Entsetzen über das Schicksal seiner Familie in Gaza meist stillschweigend. Es gibt vermutlich mehrere Zehntausende hier in Deutschland, denen es genauso geht, und weiter in den anderen Ländern der palästinensischen Diaspora.

Der Gaza-Freedom-March wollte dieses Schweigen durchbrechen. Das Angebot war einfach: Man musste sich nur auf einer Webseite eintragen und in den Weihnachtsferien nach Kairo fliegen, dann könnte man an einer Bustour durch Gaza mit Führung und Übersetzung teilnehmen, wobei für Essen und Hotelzimmer gesorgt war. An Silvester der Höhepunkt: die Teilnahme mit palästinensischen Zivilorganisationen an einer Demo in Gaza. Im Aufruf dazu stand einiges über Gandhi, nichts über Hamas. Am 2. Januar dann zurück nach Kairo, um rechtzeitig zur ersten Arbeitswoche des neuen Jahres wiederin Deutschland zu sein. Eine kleine politische Bildungsreise bei warmen Wetter. Mich zog besonders die Aussicht an, in Gaza die Familie meines Apothekers zu besuchen.

Freudig gab er mir die Mobiltelefonnummer seines Bruders, versicherte mir traditionelle arabische Gastfreundschaft, entschuldigte sich im Voraus dafür, dass sein Bruder nur wenig Englisch kann. In der Apotheke holte ich gleich auch die notwendige Impfungen: Diese können die Einwohner von Gaza leider nicht bekommen. Ja, ich holte gleich drei Stück von allem, weil mein Lebensgefährte und

mein Sohn sich entschieden, auf diese Weihnachtsreise mitzukommen. Keiner von uns wusste sehr viel über die aktuelle Lage in Gaza.

Der Marsch endet in Kairo

Code Pink, eine durch Frauen initiierte und geführte US-Friedensorganisation mit 150 Ortsgruppen, hat seit dem Angriff auf Gaza vor einem Jahr sieben Reisen mit kleineren Gruppen von Kairo aus nach Gaza erfolgreich organisieren können, und hat daraufhin den Gaza-Freedom-March in Gang gesetzt.

Ann Wright, die die Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung für Code Pink führte, ist eine ehemalige US-Offizierin und Diplomatin, die 2003 aus Protest gegen den US-Angriff auf Irak ihr Amt niedergelegt hat und seitdem für ihre kühne logistische, strategische und politische Führung der gewagtesten Projekte der US-Friedensbewegung bekannt geworden ist, wie etwa dem „Camp Casey“ mit Cindy Sheehan in der Nähe der Bush-Ranch.

Bereits Anfang Dezember schrieb mir Ann Wright aus Kairo, dass die ägyptische Regierung ziemliche Schwierigkeiten mache. Aber wir dachten alle, diese würden wir bestimmt überwinden.

In Kairo spät in der Nacht zu Weihnachten angekommen, erfuhren wir, dass die ägyptische Regierung nicht nur die Reise nach Gaza untersagt hat, sondern den anreisenden 1.400 Delegierten aus 42 Ländern sogar verboten hat, sich irgendwo in Kairo zu treffen. In Kraft ist noch immer ein Gesetz aus dem Jahr 1914, wonach es illegal ist, sich mit mehr als fünf Menschen zu versammeln.

Ein Wunder, dass diese mehrsprachige Menschenmenge, die in verschiedenen Hotels in Kairo und oft ohne Kommunikationsmittel wie funktionierende Handys oder Computer irgendwie doch zusammen kommt, um gemeinsam vor verschiedenen Botschaften und im Zentrum Kairos „illegale“ Demos durchzuführen. Es gab sogar einen raffinierten Spaltungsmanöver der ägyptischen Regierung, zweifelsohne im Hintergrund durch Israel, die USA, und die EU-Ländern gesteuert, das fast das ganze Vorhaben zum Erliegen brachte: Im letzten Augenblick wurde 100 TeilnehmerInnen die Chance angeboten, doch nach Gaza zu fahren

(„die Guten“); einige haben sich entschieden, das Angebot anzunehmen, aber nicht offiziell als RepräsentantInnen des Gaza-Freedom-March, weil die Mehrheit - auch die OrganisatorInnen in Gaza - keine Fahrt mit „Quotendelegierten“ durchführen wollten. Also blieben wir Störenfriede in Kairo („die Bösen“).

Aber es war gut so, denn durch die Unmöglichkeit, bloß auf einer kleinen Weihnachtsreise mit einigen Hilfsgütern nach Gaza zu fahren, ist die drakonische Wirklichkeit dieser Blockade glasklar geworden und tief in uns eingewurzelt. Hätten wir unbehelligt an der friedlichen Demo in Gaza teilnehmen können, dann wäre sicherlich nur einmal ein kleiner Absatz dazu in den Medien gekommen. Ja, die ägyptische Regierung hat uns sehr geholfen, sowohl die Lage der bedrängten Bevölkerung Gazas zu begreifen, als auch weltweit öffentlich darauf aufmerksam zu machen. Und trotz teilweise sehr unterschiedlicher Auffassungen unter den Delegierten aus 42 Ländern konnten wir uns nach intensiver Diskussion in Kairo letztendlich auf den nächsten wichtigen Schritt einigen: die Kairoer Erklärung (*siehe Kasten links*). Und die 40 deutschen Delegierten, die sich teilweise erst in Kairo kennengelernt haben, haben sich dort enger vernetzt, um die weitere Arbeit in Deutschland durchzuführen.



In Kairo vor dem Ägyptischen Museum: Die 1.300 TeilnehmerInnen des Gaza-Freedom-March werden von der Polizei eingekesselt, weil jede Demonstration in Ägypten illegal ist.

Zurück in Berlin - der Stadt, die weltweit dafür bekannt ist, dass sie nicht mehr durch eine Mauer geteilt ist, während die Mauer durch Palästina immer undurchlässiger wird - besuchte ich meinen Apotheker, um ihm die traurige Nachricht mitzuteilen, dass ich seine Familie nicht besuchen konnte. Er sagte mir, dass die Menschen in Gaza unser ganzes Tun in Kairo genau gefolgt haben,

weil der arabische Fernsehsender Al-Jazeera darüber ständig berichtet hat. Und ich wusste, dass wir noch viel Arbeit vor uns haben, als er so warmherzig sagte: „Wir sind ja für jedes Zeichen von Solidarität sehr dankbar.“

Elsa Rassbach lebt in Berlin, ist US-Amerikanerin, DFG-VK-Mitglied und seit Jahren auch aktiv bei Code Pink.

Demonstration vor der israelischen Botschaft in Kairo

Laut ägyptischen AktivistInnen war die Demonstration am 1. Januar die erste, die jemals vor der israelischen Botschaft in Kairo stattgefunden hat. Juliane Bieberstein berichtet in diesem Auszug aus ihrem Blog (www.kopi-enderbesatzung.de/53.0.html) über die Abenteuer der deutschen Delegation beim Gaza-Freedom-March.

01.01.2010: Heute um 13:00 Uhr findet die (vorerst) letzte, von Code Pink organisierte Aktion statt und zwar diesmal vor der israelischen Botschaft. Wir wollten zum Ausdruck bringen, dass sich unser Protest nicht nur gegen die ägyptische Regierung richtet, sondern in erster Linie gegen die israelische. Maximal eine Viertelstunde vorher sollen wir uns in der Nähe des Zoos einfinden, dessen Haupteingang sich schräg gegenüber der Botschaft befindet. Diese befindet sich aus Angst vor Anschlägen in den obersten Stockwerken eines heruntergekommenen Wohnhauses. Nur die israelische Flagge gibt einen Hinweis auf deren Existenz. Wie bei der großen Aktion am vorherigen Tag sollen wir uns in Kleingruppen verteilt wie Touristen verhalten. Als Gabi Bieberstein und ich gerade auf die Mitte des Kreisverkehrs zusteuern, wo wir ein paar bekannte Gesichter ausmachen, beginnt der Flashmob auf

der einen Seite des Kreisverkehrs, wo es zur Brücke über den Nil geht. Ein junger Mann schwenkt eine weiße Fahne/Tuch - und viele Aktivisten rennen auf ihn zu und positionieren sich an beiden Seiten der Straße. Zunächst ist kaum Polizei auszumachen, abgesehen von ein paar Verkehrspolizisten und den Wachen der Botschaft.

Wir überqueren die Straße und ich schieße einige Fotos. Ebenso wie Gottfried, der noch näher dran ist am Geschehen. Plötzlich kommt ein Polizist in Zivil auf ihn zu und scheint ihn zu bedrängen. Er erzählt mir später, dass er des Öfteren für einen Ägypter gehalten wird; bei diesen werden in vielen Fällen Personalien aufgenommen, die dann zu einer späteren Verhaftung führen.

1,5 Stunden später, gegen 14:30 Uhr, fahren dann plötzlich viele dieser Militärfahrzeuge vor - in der Nähe von unserem Standpunkt -, während andere verteilt rund um den Kreisverkehr stehen; auch werden Gitter gebracht, die z.B. bei der gestrigen Demo verwendet wurden. Wir gehen zügig zum Zoo-Eingang zurück und beobachten zunehmend angespannt die weitere Entwicklung - die Spezialeinsatzkräfte haben sich zwischen Straße und Demonstranten positioniert und auch wir werden von der Polizei beobachtet.

Glücklicherweise erfahren wir später, dass es zu keinen Gewaltanwendungen oder Verhaftungen unserer Leute geführt hat. Allerdings haben viele vorbeifahrende Autofahrer das Peace-Zeichen aus dem Auto heraus gemacht, worauf die Polizei teilweise mit Schlagstöcken gegen die jeweiligen Fahrzeuge geschlagen hat.

Der ausführliche Blog findet sich auf der Website www.kopi-enderbesatzung.de/ von KoPI (Deutscher Koordinationskreis Palästina-Israel - Für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden). KoPI wurde im August 2009 gegründet und ist eine Netzwerkstruktur für die Zusammenarbeit deutscher Friedens- und Solidaritätsorganisationen. Beteiligt sind u.a. Pax Christi, IPPNW, Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig, die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost und die Palästinensische Gemeinde Deutschland. Zentrales Anliegen des Bündnisses ist es, in der deutschen Öffentlichkeit und gegenüber den Verantwortlichen in Regierung und Parlamenten auf die Notwendigkeit einer anderen Nahost-Politik der Bundesregierung hinzuweisen und darauf zu drängen, dass diese sich an den Menschenrechten und dem Völkerrecht ausrichtet.

Rückkehr ins Gandhi-Land

Internationale Konferenz der War Resisters' International (WRI) in Indien

Von Stephan Brües

Der Ort war gut gewählt. An der Gujarat-Universität in Ahmedabad im Nordwesten Indiens, einer Universität, in der Gandhis Geist und Wirken spürbar ist, fand die Dreijahreskonferenz der WRI statt. Thema der Triennale des internationalen Dachverbands der DFG-VK war „Gewaltfreier Kampf ums Überleben und Militarismus“.

Krieg im Schatten der Aufmerksamkeit

Die 175 Teilnehmenden aus 32 Ländern aller Erdteile erfuhren, dass es in dem gastgebenden Land einige Beispiele gibt, die das Konferenzthema illustrieren:

Marginalisierte Gruppen, etwa die Dalit (Unberührbare), werden diskriminiert und nicht selten ermordet, wenn sie auf ihre in der indischen Verfassung garantierten Rechte pochen.

Die WRI hat eine Resolution beschlossen, in der sie die sofortige Einstellung der Kämpfe, den Schutz der Zivilbevölkerung, die Einhaltung der Menschenrechte und die Rücknahme des Chhattisgarh Security Acts von 2005 fordert, der die Militäroperationen sowie die Einschränkung von Bürgerrechten rechtlich absichert.

Weltweit gewaltfreie Aktionen zur Verteidigung der Menschenrechte

Zur Eröffnung der Konferenz sprachen als Ehrengäste der Präsident der Gujarat Universität, Sudershan Iyengar, die Schriftstellerin und politische Aktivistin Arundathi Roy und der Soziologe und Klinische Psychologe Ashis Nandy.

Roy beschäftigte sich mit dem Zustand der Demokratie in einer auf kurzfristigem Profit ausgerichteten Gesellschaft

und den Formen des Widerstands gegen Minenprojekte in Indien. Die Schäden an Leib und Leben der indigenen Bevölkerung grenzten an Genozid und belegten, dass die Demokratie offenbar nur für einige Wenige gelte, während viele Menschen vor Hunger sterben würden. Dagegen müsse Widerstand geleistet,

eine „Biodiversität des Widerstands“. Roy stellte bei ihren Ausführungen die Frage, ob dieser Widerstand immer gewaltfrei sein müsse. Menschen, die kaum etwas zu essen hätten, könnten keine Konsumboykotte gegen Konzerne durchführen, nicht ins Fernsehen kommen oder sonstige aufwändige gewaltfreie Aktionen machen. Können wir ihnen dann, so fragte sie, Gewaltfreiheit vorschreiben?

Das Wort von der „Biodiversität des Widerstands“ sollte so manche Diskussion in Plena und Workshops bestimmen. Im Plenum wurden morgens verschiedene Aspekte des Konferenzthemas behandelt: Die Minenprojekte in Orissa als Beispiel für Vertreibung und Militarisierung am

ersten Tag; die Situation in Paraguay als Anschauungsmaterial für das Thema „gewaltfreier Kampf um Land“ am zweiten Tag. Am dritten Tag schließlich wurde überlegt, wie transnationale Allianzen des Widerstands geschmiedet werden könnten.

Die Workshops an den Nachmittagen behandelten weitere Aspekte der jeweiligen Tagesthemen. So erfuhren die Teilnehmenden,

- warum so viel Geld für Militär ausgegeben wird und wie diese Ausgaben reduziert werden können,

- etwas über die eindrucksvolle Friedensarbeit in der Demokratischen Republik Kongo durch Justine Masika Bimamba von der Frauenorganisation für die Opfer sexueller Gewalt (SFVS)

- etwas über die Lage der Lesben und Schwulen in Zimbabwe und Südafrika,

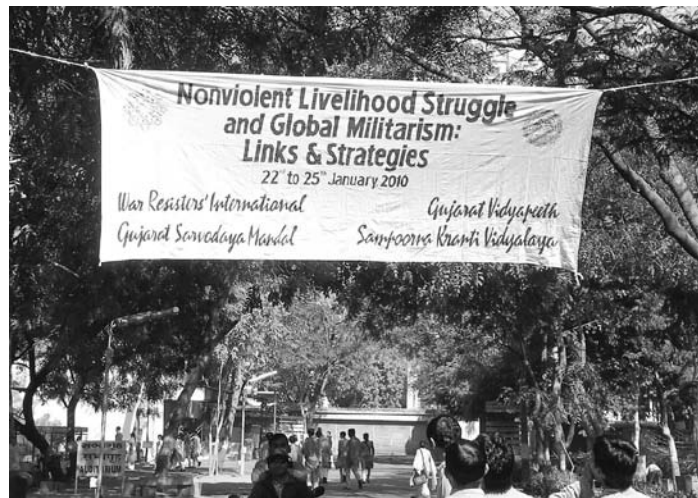
- über das Netzwerk der Gewaltfreiheit im Irak oder

- über die Möglichkeiten der gewaltfreien Begleitung von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Ein Füllhorn an Informationen und Diskussionen. Trotzdem war die Konferenz nicht überladen, sondern ließ auch Ruhephasen und bot Möglichkeiten des privaten Austausch zwischen den Teilnehmenden. Abends gab es ein Kulturprogramm mit indischen Friedensliedern und traditionellen Tänzen aus Gujarat; es wurden Videos gezeigt, die die anwesenden AktivistInnen aus aller Welt mitgebracht hatten.

Gandhis Satyagraha, die Kraft der Wahrheit, der Liebe und der Seele, war bei dieser gut organisierten Konferenz spürbar. In aller Welt – von West Papua bis Paraguay, von Großbritannien bis Mauritius – finden gewaltfreie Aktionen statt, die die Menschenrechte verteidigen und die Kriegsprofiteure denunzieren. Voneinander zu lernen und miteinander über alle Grenzen hinweg zu handeln, das soll bis zur nächsten Triennale weitergeführt werden. Handeln im Hier und Jetzt und eine unendliche Geduld mahnte Narayan Desai, Direktor des Instituts für Totale Revolution und Abschlussredner der Konferenz, an. Unendliche Geduld dürfte angesichts der weltweiten Probleme auch von Nöten sein.

Stephan Brües ist **ZivilCourage-Redakteur**.



Im Geiste Gandhis: Weltweites Treffen der KriegsgegnerInnen in Indien

Adivasi, die indischen Ureinwohner, werden im Bundesstaat Orissa durch Minenprojekte vertrieben.

In Chhattisgarh, einem der ärmsten Bundesstaaten Indiens, findet seit 2005 – jenseits medialer Aufmerksamkeit – ein Bürgerkrieg zwischen der indischen Armee und von ihr unterstützten Milizen und den maoistischen Naxaliten statt. Mehr als tausend Menschen sind bereits getötet, hunderttausend intern vertrieben und viele Frauen vergewaltigt worden. Mit ihren aktuellen Militäroperationen heizt die indische Regierung den Konflikt weiter an und erhöht das Leid der Zivilbevölkerung. Doch auch die Naxaliten drehen durch ihr Verhalten mit an der Spirale der Gewalt.

Verweigerung und Kriegswiderstand

Bericht über eine DFG-VK-Fachtagung in Köln

Von Klaus Maliga

Um die Dimensionen von Kriegsdienstverweigerung und Befehlsverweigerung in Zeiten des Krieges und der deutschen Kriegsbeteiligung in Afghanistan ging es bei der inzwischen fünften friedenspolitischen Fachtagung des nordrhein-westfälischen DFG-VK-Landesverbands. Gemeinsam mit der DFG-VK-Gruppe Köln und dem DFG-VK-Bildungswerk NRW fand diese Ende November in Köln statt. DFG-VK-Landessprecher Kai-Uwe Dosch konnte dabei zu einer ersten Referats- und Fragestunde den US-Soldaten Chris Capps, der aus der Army desertiert ist und den Dienst im Krieg verweigert, und Christian Neumann vom „Darmstädter Signal“ begrüßen.

Danach moderierte Klaus Maliga eine Gesprächsrunde mit Capps, Neumann und Dosch, die um Christoph König erweitert wurde: König ist Chirurg und Oberstabsarzt; er hat nach seinen Einsätzen im Kosovo und in Afghanistan sein Ausscheiden aus dem Militärdienst beantragt. Das Verfahren läuft noch.

Die bald zwei Dutzend Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung nahmen die Gelegenheit wahr, besonders die Referenten, die in den Kriegsgebieten waren, nach ihren persönlichen Eindrücken, Erlebnissen, Erfahrungen und Umdeklarungsprozessen zu fragen.

Zunächst schilderte Chris Capps, der von 2004 bis 2007 in der US-Armee diente, wie er blauäugig und in der Hoffnung auf berufliche Förderung eingerückt ist: „Ein guter Beruf, und danach studieren.“ Eine Haltung, die bei den meisten Soldatinnen und Soldaten in der US-Armee angesichts der schlechten sozialen Absicherung für die Bevölkerungsmehrheit in den USA, der Wirtschaftskrise und der fehlenden Arbeitsplätze vorherrschend sei. Dann beschrieb er eindrucksvoll die Stationen seines Wandels: vom Leben in der Kaserne, der De-facto-Rechtlosigkeit der Soldaten, der Verschickung in den Irak und den Demütigungen der Gegner. Schließlich wechselte seine Perspektive: Nach Gesprächen mit Soldaten aus den Kampfeinsätzen begann er, die „Feinde“ anders wahrzunehmen, als es ihm beigebracht worden war. Die Entscheidung zu desertieren fiel, als er – entgegen den Zusagen – nicht in Deutschland stationiert werden sollte, sondern nach Afghanistan geschickt wurde.

Chris Capps sah seine Lage und die anderer Deserteure zwiespältig: Die Armee lasse einen Großteil von ihnen ohne stärkere Repressalien ziehen; gleichzeitig versuche sie, an diejenigen, die die Öffentlichkeit suchten, Exempel zu statuieren.

Die Moral in der US-Armee sei am Tiefpunkt; der Krieg in Afghanistan sei viel schlimmer als im Irak. Die meisten kehrten traumatisiert aus den Einsätzen zurück; nach ihrer Armeezeit seien sie „kaputt“.

■ Widerstand in der Armee?

Ein Thema, das auch Neumann und König ansprachen. Nach spätestens fünf richtigen Kampfeinsätzen, so sei die Erfahrung, hätte die Traumatisierung die Soldaten erreicht, stellte Christian Neumann fest, der seine 150 Mitglieder starke Organisation kritischer Soldaten und Soldatinnen vorstellte.

Neumann hob unter anderem hervor, dass für die Bundeswehr selbst die Bewerberzahlen in den aktuellen Zeiten der wirtschaftlichen Krise (fünf Bewerber auf eine Stelle) nicht ausreichend seien, um genügend geeignete Soldaten für ihre Kampfgruppen zu rekrutieren.

Der Vertreter des „Darmstädter Signals“ forderte einen neuen Typus des Soldaten: Kein Kadaver-Gehorsam mehr, sondern Widerstand gegen rechtswidrige Befehle. Neumanns Plädoyer, auf diese Weise innerhalb der Bundeswehr gegen Kriegseinsätze zu arbeiten, sorgte dann auch für lebendige Diskussionen bei der Fachtagung. Der Referent bezog sich in seiner Haltung unter anderem auf die höchstrichterliche Rechtsprechung, nach der die Gewissensfreiheit der Soldaten höherwertig sei als die Funktionsfähigkeit der Truppe. Neumann: „Gehorsamsverweigerung beschäftigt die Armeespitze“. „Wehrkraftzersetzung“, so Neumann weiter, gebe es schon lange nicht mehr als Straftatbestand; inzwischen heiße es nur noch „Störpropaganda gegen die Bundeswehr“.

Christoph König beschrieb und beklagte in der anschließenden Gesprächsrunde, dass den Militär-Ärzten bei ihren Einsätzen in den Kriegsgebieten keine ausreichenden Rechte für die Ausübung ihrer helfenden Tätigkeiten zugestanden würden. Der Dienst sei völlig im Sinne



Umstritten auf dem Podium: Wehrpflicht abschaffen? Foto: Klaus Maliga

der Armeepropaganda und den Erfordernissen der Truppe funktionalisiert und somit entstellt. Einen Verletzten im Krieg zu versorgen sei etwas ganz anderes als im zivilen Leben. König: „Verletzungen im Krieg ergeben sich nicht schicksalhaft, sondern sind provoziert!“

In der Diskussion analysierte Kai-Uwe Dosch unter anderem die Zusammenhänge von Kriegsdienstverweigerung und Kriegswiderstand als gesellschaftlichen Ansatz. Kritisch setzte er sich auch mit Neumanns Werbung für einen Kriegswiderstand in der Armee auseinander. Die Möglichkeiten dazu seien sehr beschränkt: „Alle unterhalb der Armeespitze sind Befehlsempfänger“. Für ihn sei es ein Paradoxon, Kriegswiderstand zu leisten und zugleich in einem Apparat zu dienen, der Kriegsführung erst möglich macht.

Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer in der Einschätzung, dass die hohen Zahlen von Kriegsdienstverweigerern allein nicht ausreichten, Kriegswiderstand zu leisten. Der Zivildienst sei inzwischen so normal, dass sich daraus noch keine Politisierung ableiten lasse.

Mit Skepsis betrachtete Chris Capps mit Blick auf Deutschland Überlegungen, die Wehrpflicht abzuschaffen und die Bundeswehr in eine Berufarmee umzuwandeln. Dann würde in Deutschland das Gefühl dafür verloren gehen, „was Krieg ist“. Mit der Abschaffung der Wehrpflicht sei nichts gewonnen; die Verantwortung in der Bevölkerung für Kriegseinsätze oder Kriegsverluste würde völlig aufgegeben: „Dann heißt es nur noch: Die haben doch selbst Schuld, dass sie da mitmachen.“

Klaus Maliga ist Mitglied im Landesvorstand des nordrhein-westfälischen DFG-VK-Landesverbands.

„Feste feiern, wenn sie fallen“

Berliner DFG-VK-Aktive äußern sich zu ihrer bundesweit umstrittenen Aktion

Unter dem Motto „Feste feiern, wie sie fallen“ ruft der Berliner DFG-VK-Landesverband mit der „Tag Y“-Aktion dazu auf, am Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin mit Champagner zu feiern, wenn ein Bundeswehrsoldat in Afghanistan „fällt“. Das hat zu öffentlicher Empörung und zu heftiger Kritik innerhalb der DFG-VK und Distanzierungen geführt, der Bundessprecherkreis beruft als Reaktion zu Beratungen über das Grundsatzprogramm einen außerordentlichen Bundeskongress für 8./9. Mai ein. Eine Diskussion ist also notwendig. In der **Zivil-Courage** kommen dazu neben der Veröffentlichung von Leserbriefen und eines Beitrags von Bundessprecher Jürgen Grässlin im Interview zwei Berliner DFG-VK-Aktive zu Wort. Beide waren wegen eventueller strafrechtlicher Ermittlungen und möglicher Bedrohungen aus Militaristenkreisen mit einer Veröffentlichung ihrer Nachnamen und eines Fotos nicht einverstanden.

ZivilCourage: „Schampusaufen“, wenn ein Bundeswehrsoldat stirbt, ist eine schockierende Aktionsankündigung. Warum wählt der Aufruf eine solche drastische Form?

Eugen: Das Ehrenmal ist ein Versuch, Kriegslegitimation auf symbolischer Ebene mit neuer Qualität zu verbreiten. Neue Qualität, weil die Bundeswehr nun explizit mit ihren toten Soldaten hausieren geht, um zusätzliche Legitimation für weitere, blutige Kriegführung zu schaffen. Auch wenn dies bisher noch nicht wirklich geglückt ist, so muss man das Ehrenmal am Bendlerblock als Versuchsballon verstehen. Es ist abzusehen, dass es, wenn die kriegerischen Einsätze weitergehen und es mehr tote BundeswehrsoldatInnen zu legitimieren gilt, an zentraler Stelle, vermutlich zwischen Reichstag und Bundeskanzleramt, ein von Pathos triefendes, richtiges Ehrenmal für die Bundeswehrtoten geben wird. Deshalb gilt es bereits jetzt, gegen die sich formierende Totenkultsymbolik anzukämpfen.

Frank: Schon als der Bau des Ehrenmals angekündigt wurde, war in der Berliner DFG-VK klar, dass sie hier aktiv werden muss. Ein höchst symbolischer Zufall wollte es, dass die Einweihung nur wenige Tage stattfand, nachdem die Bundeswehr ihr erstes bekannt gewordenes Mörder zu verantworten hatte: Die Ermordung von bis zu 140 Menschen bei Kun-

duz in der Nacht auf den 4. September. Und dafür wollen die Soldaten Ehre beanspruchen? Das ist doch eine Zumutung. Dagegen mit drastischen Formen zu protestieren, scheint mir naheliegend.

ZivilCourage: Das Berliner Ehrenmal der Bundeswehr ist ein Ort, an dem um tote, getötete, verstorbene, „gefallene“ Soldaten getrauert wird. Müsste es nicht auch für PazifistInnen und AntimilitaristInnen aus ethisch-moralischen Gründen selbstverständlich sein, diese Trauer zu respektieren, anstatt sie satirisch oder mit Aktionen „anzugreifen“?

Eugen: Gegenfrage: Ist das Ehrenmal wirklich primär ein Ort, um zu trauern? Wohl kaum. Zweck des Ehrenmals ist doch vielmehr die Legitimation, weiter zu kämpfen. Hierzu dient die tatsächliche oder gespielte Trauer um die zu Tode gekommenen SoldatInnen, indem deren Tod als Verpflichtung ausgelegt wird, weiter zu kämpfen, und damit weitere tote Soldaten und von ihnen Getötete zumindest billigend in Kauf zu nehmen. Da das auch noch für profane wirtschaftliche und machtpolitische Interessen geschieht, ist es gerade aus ethisch-moralischen Gründen geboten, gegen das Ehrenmal vorzugehen.

Frank: Als das Ehrenmal eingeweiht worden ist, hat Bundespräsident Köhler noch behauptet, es werde dort „nichts beschönigt“. Und dann hat er die altbekannte Propagandaplatte mit jenen Werten heruntergeleiert, für die die Bundeswehr angeblich in aller Welt Krieg führt: Frieden, Menschenrechte, Sicherheit usw. Vom Zugang zu Rohstoffen und wichtigen geostrategischen Positionen, wie sie im Weißbuch der Bundeswehr stehen, hat er nichts gesagt. Und sowohl der alte als auch der neue Verteidigungsminister haben in Reden schon kundgetan, was Eugen beschrieben hat: Das Denkmal soll nicht nur „Gefallene“ ehren, sondern zugleich die Bundeswehreinätze in aller Welt als richtig und alternativlos verkaufen. Das ist kein Friedhof, kein Ort privater Trauer, sondern ein staatliches Denkmal und damit ein politischer Ort, an dem auch politisch gestritten werden kann.

ZivilCourage: Gibt es für Euch nicht bessere, „richtigere“ Orte wie z.B. Kasernen oder öffentliche Rekrutenvereidigungen, um die Kritik an Krieg und Militär auszudrücken?

Frank: Als Protestkulisse mögen Gelöbnisse leichter vermittelbar sein, weil ihr militaristischer Charakter offensichtlich ist. Die DFG-VK ist ja auch aktiver Teil des Gelöbnis-Bündnisses. Aber das Ziel von Gelöbnissen und dem Ehrenmal ist letztlich das gleiche: Die Bundeswehr will sich selbst der eigenen Legitimation vergewissern und gegenüber der Gesellschaft verteidigen. Es geht praktisch um eine Form der moralischen Ertüchtigung, die am Ehrenmal vielleicht weniger auffällig daherkommt, aber deswegen nicht weniger wichtig ist.

Eugen: Und wenn die Bundeswehr den Totenkult vehement als Mittel der Kriegslegitimation in Anschlag bringt, dann ist das Ehrenmal, das extra hierfür gebaut wurde, auch der richtige Ort, um gegen diesen instrumentalisierten Totenkult und die durch ihn legitimierte Ziele zu kämpfen.

ZivilCourage: Der Aufruf erklärt mit der „Schampusaufen“-Aktion den Tod von Soldaten für „begrüßenswert“. Wie könnt Ihr die Freude über den gewaltsamen Tod eines Menschen mit dem Ziel der DFG-VK, für eine friedliche und gerechte Welt einzutreten, vereinbaren?

Frank: Tag für Tag erinnern uns Militärs und Politiker daran, dass die Soldaten auf die Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen seien. Dieses Wissen, dass die Bevölkerung irgendwie hinter ihnen steht, sei unverzichtbar für die Motivation der Soldaten. Also für ihre Motivation, in Kriege zu ziehen. In der so genannten postheroischen Gesellschaft ist es allerdings mit diesem ideologischen Rückhalt eher schlecht bestellt. Deswegen hat Ex-Verteidigungsminister Jung es gar zur „patriotischen Pflicht“ erklärt, am Ehrenmal stramm zu stehen. Jeder Versuch, den Soldaten klarzumachen, dass wir ihren Dienst eben nicht wertschätzen, dass wir ihre Legitimation bestreiten, ist ein Versuch, ihnen diese Motivation zu nehmen, und damit ein Beitrag für eine friedlichere Welt.

Eugen: Ja, ich finde auch, dass der Aufruf doch ein Mittel ist, um für eine friedliche und gerechtere Welt zu kämpfen! Sicherlich heiligt nicht das Ziel jedes Mittel, andererseits muss das Mittel nicht immer schon mit dem Ziel identisch sein. Eine politische Position, die sich nun mal gesellschaftlich in einer ausgeprägten Minderheit befindet, erfordert bisweilen

drastische Mittel, um sich Gehör zu verschaffen.

ZivilCourage: Schadet eine solche Aktion nicht den Bemühungen, durch bessere Argumente die Kriegspolitik der Regierung zu kritisieren und Menschen für ein Engagement gegen Krieg und Gewalt zu gewinnen?

Eugen: Diese Aktionsform ersetzt sicherlich nicht die argumentative Form der Auseinandersetzung mit der Kriegspolitik dieses Landes. Und tatsächlich sollte es darum gehen, Menschen für ein Engagement gegen Krieg und Gewalt zu gewinnen. Aber es muss hierbei um mehr gehen, als Menschen dazu zu bekommen, sich bei Meinungsumfragen gegen Krieg auszusprechen. Die stimmen bei der nächsten Wahl doch wieder für eine kriegsunterstützende Partei. Es muss darum gehen, Menschen von einem grundsätzlichen Dissens zu überzeugen, aus dem mehr folgt als das Nein zum Krieg bei Meinungsumfragen und selbst bei Wahlen.

ZivilCourage: Die Aktion wird von einigen in der DFG-VK als „widerlich“ und „menschenverachtend“ bezeichnet. Können Sie diese massive Kritik verstehen und wie wollen Sie damit umgehen?

Frank: Das Programm der DFG-VK fordert die Ächtung des Militärs. Wieso sollte man also vor der Ächtung von Soldaten zurückschrecken? Wieso Hochachtung vor „Gefallenen“ haben, die freiwillig einen verbrecherischen Krieg geführt haben? Wer mit welchen Kriterien den Begriff „menschenverachtend“ bestimmen will, will ich gar nicht erst fragen. Jedenfalls wird am Ehrenmal der Tod der Soldaten benutzt, um für die aggressive deutsche Militärdoktrin zu werben. Als Folge werden weitere Menschen umgebracht, wobei ein paar eigene immer einkalkuliert sind. Das ist das menschenverachtende Ziel des Ehrenmals. Die DFG-VK, auch die Berliner, will damit Schluss machen und verteidigt damit menschliche Werte.

ZivilCourage: Kritiker aus dem Verband fordern Euch zum Verlassen der DFG-VK auf. Warum ist die DFG-VK für Euch der richtige Ort für Euer antimilitaristisches Engagement?

Frank: Die Stärke der DFG-VK ist: Sie ist undogmatisch, bündelt ehrliches Engagement mit viel Kompetenz und macht den Gliederungen keine zentralistischen Vorgaben – außer der Grundsatzklärung gegen Krieg und Kriegsursachen zu streiten, die wir voll und ganz unterstützen. Wir haben bisher keine Forderung zum Austritt erhalten. Wer so etwas formuliert oder Distanzierungsbekundungen verbreitet, will offenbar nicht akzeptieren, dass die Friedensbewegung ein breites

Aktionsspektrum abdeckt. Bevor es uns traf, war Monty Schädel sozusagen unter Beschuss, weil er sich nach den Demos gegen den Nato-Gipfel im letzten Frühjahr angeblich nicht von radikalen Gruppen distanziert habe. Allerdings hat der Bundeskongress gezeigt, dass eine große Mehrheit unseres Verbandes eine breite Bündnispolitik befürwortet. Spaltungsversuche müssen auch in Zukunft zurückgewiesen werden, denn sie schwächen die Friedensbewegung insgesamt.

ZivilCourage: Bereits das Plakat „Schritt zur Abrüstung“ mit dem Sarg eines toten Bundeswehrsoldaten im vorletzten Jahr hat zu heftigen Reaktionen in der DFG-VK geführt. Ist die aktuelle Aktion vorher innerhalb der DFG-VK diskutiert oder beispielsweise um eine Einschätzung von den damaligen Kritikern gebeten worden?

Frank: Die Y-Aktion ist eine Berliner Aktion, die von den Berliner DFG-VK-Aktiven natürlich diskutiert worden ist. Was die Bundesebene angeht, so hat es letztes Jahr eine Mediation zwischen Berlin und dem Bundessprecherkreis gegeben. Dabei haben die Berliner Vertreter zugesagt, den Bundesverband – konkret den Bundesgeschäftsführer Monty Schädel – im Vorfeld von politisch heiklen Aktionen zu informieren. Das ist auch geschehen. Allerdings sehen wir, dass es weiteren Gesprächsbedarf gibt. Deshalb wollen wir für Ende Februar zu einer verbandsinternen Diskussionsveranstaltung über die Tag-Y-Aktion einladen. Auch damit zeigen wir, dass wir zur DFG-VK – bei aller Kritik, die wir auch haben – solidarisch sind. **Eugen:** Außerdem ist der Aufruf nicht vom Himmel gefallen. So gab es im September letzten Jahres zur Eröffnung des Ehrenmals als Protestaktion eine Performance, die von Form und Inhalt ähnlich ausgerichtet war wie der Aufruf zum Tag Y. Auch von dieser Aktion war der Bundesgeschäftsführer informiert und er war auch anwesend, auch gab es einige Pressemeldungen. Ein Videomitschnitt steht auf der Bamm-Homepage (www.bamm.de). Festzustellen ist aber auch, dass der Aufruf zum Tag Y inhaltlich we-

sentlich entwickelter ist als das angesprochene Plakat. Deshalb bin ich nicht bereit, das Plakat und den Aufruf einfach in einen Topf zu werfen, was die Kritik angeht. Trotzdem finde ich ebenfalls, dass verschiedene Aspekte des Plakates durchaus diskussionswürdig sind.



Stein des Anstoßes: Aufruf zum „Schampus-Saufen“ im Internet

ZivilCourage: Ist nicht jeder Soldat nicht nur ein potenzieller Mörder, sondern auch ein potenzieller Kriegsdienstverweigerer? Wie kann man Soldaten erreichen, um sie zur Verweigerung zu motivieren, wenn man zum Schampusaufen beim Tod eines Soldaten aufruft?

Eugen: Ich glaube nicht, dass der Aufruf sich vorrangig an SoldatInnen richtet, auch wenn er als offener Brief an diese formuliert ist. Dies ist wohl eher ein stilistisches Mittel, um den provokativen Charakter des Aufrufes zu verstärken. Und tatsächlich ist es doch die gesamte deutsche Gesellschaft, die trotz ihrer ambivalenten bis scheinbar ablehnenden Haltung Kriegseinsätze ermöglicht.

Frank: Die Aufrufe zur Soldatenverweigerung bleiben doch seit Jahrzehnten ohne jede Resonanz. Trotzdem glaube ich schon, dass der offene Brief nicht nur, aber auch auf Soldaten wirken soll, wie ich schon vorher gesagt habe: Er soll ihnen klarmachen, dass sie weder ehrbar noch legitim handeln, und sie demotivieren. Bei Diskussionen in Soldatenforen sieht man, dass sie darauf sehr empfindlich reagieren. Übrigens steht auf der Bamm-Seite als letzter Satz: „Wer nicht morden will, und wer nicht fallen will, kann verweigern. Dabei helfen wir.“

Die DFG-VK steht am Scheideweg

Zur Schampussaufen-Aktion: Konsequentes Einschreiten statt falsch verstandener Toleranz

Von Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK

1. Die DFG-VK versteht sich als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Strömungen in der Friedensbewegung. Bei uns engagieren sich PazifistInnen und AntimilitaristInnen, die allesamt die Grundsatzklärung der War Resisters' International vertreten. Diese verbindet uns und bestimmt das friedenspolitische Handeln unseres Verbands.

2. Mit unseren Kampagnen definieren wir das Ziel der Abschaffung der Bundeswehr und konkrete Schritte zur Abrüstung. Wir analysieren und kritisieren die Fehlsteuerungen der deutschen Militär- und Rüstungspolitik und entwickeln Handlungsoptionen. Die Aktiven mehrerer Arbeitsbereiche haben eigene Themenkampagnen entwickelt, zumeist in enger Zusammenarbeit mit befreundeten Friedensorganisationen. Zudem bleibt es jedem Mitglied, jeder Ortsgruppe, jedem Landesverband und dem Bundesverband überlassen, sich weiteren Themenbereichen zuzuwenden.

3. Unseren Kampagnen kommt eine positive Binnen- und Außenwirkung zu. In den Verband hinein sind sie nach Jahren teilweise intollerant ausgefochtener Kontroversen erfreulich stabilisierend. Wir wirken damit in die Friedensbewegung hinein und nehmen Einfluss auf den politischen Diskurs in Deutschland.

4. Angesichts der Kriegspolitik, der menschenverachtenden Inkaufnahme immer weiterer und immer mehr ziviler Opfer – wie beim Massaker von Kundus –, der Instrumentalisierung gefallener Bundeswehrsoldaten durch Heldenverehrung, der Beihilfe zum Massenmord durch eine grenzenlose Rüstungsexportpolitik... sind konsequente und drastische Gegenaktionen nicht nur legitim, sondern vonnöten. Wir müssen den verantwortlichen Politikern, Militärs und Rüstungsindustriellen das „humanitäre Deckmäntelchen“ entreißen und sie als Verantwortliche einer moralisch wie juristisch enthemmten Kriegspolitik entlarven.

5. Mit uns stehen dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zwischen 60 und 70 Prozent der Bevölkerung ablehnend gegenüber. Dennoch hat die große Mehrheit der Abgeordneten des Bundestags wiederholt für die Fortsetzung des kriegerischen Militäreinsatzes gestimmt. Bei all der nachvollziehbaren Verzweiflung und berechtigten Wut über unseren begrenzten direkten Einfluss und die allen-

falls mittelfristige Wirkung unseres politischen Handelns dürfen wir als Friedensbewegte bei unseren Aktionen jedoch nicht unsere humanitären Prinzipien veraten. Sie müssen jederzeit die Würde des Menschen achten, ansonsten bedienen wir uns genau der Methoden, die wir auf Seiten unserer politischen Gegner verabscheuen.

6. Der DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg (LV BB) hat auf seiner Webseite einen „Offenen Brief an die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr“ publiziert. Die Verfasser kündigen darin an, den Tod von Bundeswehrsoldaten mit Schampussaufen feiern zu wollen: *Um den Soldatentod noch ein wenig süßer zu machen als er ohnehin schon sein soll, werden wir künftig jedes Mal, wenn einer von Ihnen „fällt“, eine Runde Schampus schmeißen. Aus lauter Freude, direkt an Ihrem „Ehrenmal“. Denn wie heißt der Spruch: Feste feiern, wie Sie fallen! Tag Y Wenn ein Bundeswehrsoldat „fällt“, am selben Tag, 17.30 Uhr Schampussaufen am „Ehrenmal Hildebrandstraße/Bendlerblock“.*

7. Die so genannte Tag-Y-Kampagne erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Berliner „Büro für antimilitaristische Maßnahmen“ (BamM). Auf der gemeinsam mit dem LV BB betriebenen Homepage postuliert BamM u.a. „die Schwächung der Heimatfront“, „das Ansehen der BRD herabsetzen“ und „Vaterlandsverrat“.

8. Die DFG-VK trägt mit der Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ und anderen aktiv dazu bei, den politischen Willensbildungsprozess in Deutschland gegen den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu stärken. Allein die Ankündigung der Schampussauf-Aktion anlässlich des Todes von Bundeswehrsoldaten ist diesbezüglich äußerst kontraproduktiv. Sie schadet dem ernsthaften Ansinnen unseres Verbandes und der Friedensbewegung nachhaltig, die notwendigen Mehrheiten im Bundestag herbeizuführen und damit den todbringenden Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan auf der Basis ethisch fundierter Argumente zu stoppen.

9. Das seitens einiger führender Mitglieder des LV BB angedrohte „Schampussaufen“ empfinde ich als widerlich, zynisch und menschenverachtend. Denn unsere grundsätzliche Kritik an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und den bei

Kampfhandlungen erfolgenden Tötungen entbindet uns nicht unserer friedensethischen Verantwortung. Diese lässt uns das Leben aller Menschen achten, auch das der Angehörigen getöteter Soldaten. Letztere sind als „Kanonenfutter“ nicht nur Täter, sondern auch Opfer einer todbringenden Politik. Auch ihre Würde ist unantastbar.

10. Genau dies verunmöglichen die selbst ernannten Berliner „Protagonisten“. Sie begegnen Aggression mit Zynismus, Hass mit Sarkasmus und emotionaler Betroffenheit von Angehörigen mit Verachtung. Feindbildern werden Feindbilder entgegen gesetzt. Exemplarisch seien an dieser Stelle folgende Stellungnahmen zitiert: *Wir werden ihre Aussagen über die Soldaten sowie über die Bundeswehr nicht weiter hinnehmen und mit aller Entschlossenheit gegen ihre Organisation vorgehen. Hochachtungsvoll C. K. (1. Vorstand).* Stellungnahme aus dem LV BB: *Der Hauptfeind steht halt im eigenen Land... – Mein Mann ist gerade in einem dieser von euch so verachteten Auslandseinsätze – findet ihr nicht, dass es genug Schmerz und Kraft kostet für uns Frauen hier zu Hause ein halbes Jahr lang jeden Tag um unsere Männer zu bangen?* Stellungnahme aus dem LV BB: *Liebe Soldaten-, sorry: Strohwitwe: Wieso sagen Sie ihrem Alten nicht, dass er seinen Arsch nach Hause bewegen soll, anstatt AfghanInnen zu traktieren.* Wer Krieg abschaffen will, muss – bei aller berechtigten Kritik am mörderischen Einsatz von Soldaten – friedensbewegt agieren. Make love not war! – nicht: Make war with war!

11. „Auge um Auge macht die ganze Welt blind“, sagte einst Mahatma Gandhi. Kriegspolitik macht blind, sie nimmt den Tod von Menschen bewusst in Kauf. Friedensethik stellt sich auf die Seite der Opfer, gibt ihnen eine Stimme und setzt sich aktiv für zivile Konfliktlösungen ein. Wer Zynismus mit Zynismus, Menschenverachtung mit Menschenverachtung begegnet, wird Teil eines Systems, das er abschaffen will. Gewalt wird nicht mit Gewalt beseitigt, Unmoral nicht mit unmoralischer Aktion. In diesem Sinne müssen wir der Unkultur des Krieges eine Kultur des Friedens entgegensetzen.

12. Bis Dezember 2009 habe ich mich der Hoffnung hingegeben, die Verantwortlichen im LV BB könnten über einen frie-

densbewegten Mediationsprozess zur Umkehr bewogen werden. Mit der Aktion des Schampusaufens sehe ich persönlich die Mediation als gescheitert an, an einer wie immer gearteten Fortsetzung werde ich nicht mehr teilhaben.

13. Der Stil Berliner „Protagonisten“ spricht für sich: Ohne Absprache mit anderen Landesverbänden oder dem Bundesverband, was vorab durchaus möglich gewesen wäre, werden mit der Schampus-Ankündigung Tatsachen geschaffen. Mit dem verbandsinternen heftigen Gegenwind – drei Landesverbände haben vehement Kritik geübt, einzelne Ortsgruppen Ausschlussverfahren für den Fall der Umsetzung der Aktion gefordert – wird eine mehrseitige Erklärung nachgereicht, wird urplötzlich die Demokratiefibel ausgegraben und innerverbandliche Diskussion eingefordert – wohlgerne nach dem das Kind in den Brunnen gefallen ist. So eine Vorgehensweise ist absolut ungläubwürdig.

14. Die Schampusauf-Aktion stellt keine Satire dar, die mir bekannten Reaktionen zielen auch nicht in diese Richtung. Das nachgeschobene Satire-Element dient allenfalls der juristischen Absicherung.

15. Die Außenwirkung des Schampusaufens ist für die DFG-VK insgesamt katastrophal. Exemplarisch sei folgender Kommentar aus dem Weser-Kurier vom 18.12.2009 zitiert (*siehe Seite 25 in dieser Zivil-Courage*). Viele weiterer solcher Pressekommentare werden spätestens dann folgen, sobald das Schampusauf in die Tat umgesetzt wird. Wie beim Weser-Kurier werden der LV BB und die DFG-VK zuweilen in einen Topf geworfen werden. Der Imageschaden wiegt schwer und wird unsere Friedensarbeit bei zahlreichen Aktionen vor Ort und in den verschiedenen Kampagnen massiv erschweren – womöglich auf Jahre hinaus.

16. Der Bundessprecherkreis (BSK) muss Schaden vom Gesamtverband abwenden und eine Mithaftung ausschließen. Auch deshalb haben wir uns von der Aktion des „Schampusaufens“ distanziert und die Verantwortlichen in Berlin aufgefordert, diese Aktion sofort einzustellen.

17. Angesichts der Autonomie der Landesverbände können weder andere Landesverbände noch wir als BSK die Menschenwürde missachtende Aktionen verhindern. Wenn sie stattfinden, dann dürfen diese nicht im Namen der DFG-VK, sondern beispielsweise unter dem Logo der geistigen Steinzeitkeule von BamM geschehen. Aus diesem Grund fordere ich die Verantwortlichen des LV BB auf, das „Schampusauf“ nicht in die Tat umzusetzen – oder konsequenterweise die DFG-VK zu verlassen.

18. Aus welchem Grund nutzen die Berli-

ner unseren Verband als Plattform für ihre radikalen Aktionen? Warum kündigen sie nicht ihre Mitgliedschaft in der DFG-VK auf? Die Antwort liegt auf der Hand: Zum einen verfügt der Gesamtverband der DFG-VK als älteste und größte pazifistische Friedensorganisation bundesweit über einen Bekanntheitsgrad, den die Berliner Antimilitaristen von BamM alleine niemals erreichen werden. Dass das Renommee der DFG-VK insgesamt massiv unter den Berliner Aktionen leidet, interessiert die Protagonisten in Berlin nicht im Mindesten. Zum Zweiten benötigen sie die finanziellen Zuwendungen, um das BamM-Büro und die BamM-Aktionen mitzufinanzieren.

19. Je länger die Aktion dauert, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ethisch verantwortungsvoll denkende Mitglieder die DFG-VK verlassen werden. Der erste, mit der Berliner Aktion begründete Austritt ist bereits erfolgt. Nach mehr als 30-jähriger Mitgliedschaft schreibt Dr. Joachim Kersken in seiner Austrittserklärung: „... kann ich das Gedankengut, den Tod von Soldaten alkoholisiert zu feiern, gar zu begrüßen, an keiner Stelle so mehr mittragen. Davon distanzieren mich als Kriegsdienstverweigerer und Arzt eindeutig, indem ich dieser Geisteshaltung den Rücken zuwende. Ich bin Gegner von Krieg und werde ihn nicht wie ihr feiern und instrumentalisieren. Damit ist jede Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit der DFG-VK für mich dahin.“ Wieviele Mitglieder müssen die DFG-VK zutiefst frustriert verlassen, ehe die Mehrheit im Verband handelt?

20. Welche weiteren Aktionen hecken die Berliner als nächstes aus: Die öffentliche Verbrennung von Uniformen von Bundeswehrgesoldaten, das Abfackeln von Bundeswehrhandbüchern? Das Spucken in Soldatengesichter, Kotzen auf Uniformen, Urinieren in Soldatenhelme, Beschmierungen von Soldatengräbern? Wer im Krieg getötete Soldaten einzig als Mörder ansieht, deren Tod mit Schampus feiert, das Schmerzempfinden der Angehörigen Getöteter verhöhnt und damit jegliche Achtung vor der Würde eines Menschen verloren hat, dem scheinen sämtliche moralischen und ethischen Grundsätze abhanden gekommen zu sein. Mit den Werten einer Friedensorganisation, die sich den Zielen der Vereinten Nationen verpflichtet hat (siehe § 2 DFG-VK-Satzung), hat dies nichts gemein.

21. Die Verantwortlichen im LV BB zeigen seit Jahren – vom Rassismusbewertung über das Plakat „Schritt zur Abrüstung. Wieder einer weniger“ bis hin zur „Tag-Y-Kampagne“ –, dass sie die Mitglieder der DFG-VK allenfalls noch als Geldgeber

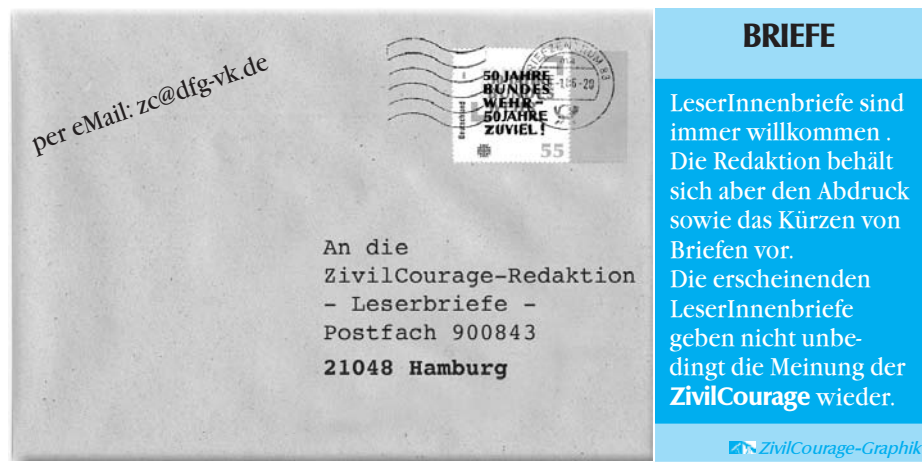
schätzen. Mit dem „Schampusauf“ anlässlich des Todes von Menschen fügen sie der DFG-VK auf nahezu allen Ebenen schweren Schaden zu: Sie schädigen das Ansehen unseres Verbandes, diskreditieren uns in den Medien, blockieren Kräfte für Friedensarbeit, zwingen uns zur permanenten Distanzierung von einem unserer Landesverbände, lassen Mitglieder an der Mitgliedschaft zweifeln oder austreten und bringen uns womöglich noch rechtlich in die Bredouille. Wie anders lässt sich verbandsschädigendes Verhalten definieren?

22. Wollen wir tatsächlich warten, bis weitere Mitglieder unseren Verband entsetzt, enttäuscht oder verzweifelt ob des blinden Berliner Tag-Y-Aktionismus verlassen? Wollen wir wirklich zähneknirschend hinnehmen, dass das Ansehen der DFG-VK als eine ernst zu nehmende Friedensorganisation mehr und mehr an Glaubwürdigkeit verliert und unser Verband friedenspolitisch am Ende ist?

23. Die Mitglieder der DFG-VK müssen sich auf dem vom BSK für den 8./9. Mai einberufenen außerordentlichen Bundeskongress entscheiden: Wollen wir mit unseren Kampagnen und Aktionen verantwortungsvoll auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss nehmen? Oder wollen wir uns, ganz im Sinne des LV BB, radikalieren und damit politisch isolieren? Wenn wir uns nicht entscheiden, werden wir zu einer Randgruppe der Friedensbewegung verkommen, die sich über Jahre hinweg mit sich selbst beschäftigt, dementsprechend an politischem Gewicht und sukzessive Mitglieder verliert.

24. Die „Tag Y“-Aktion belegt die dringende Notwendigkeit der Aktualisierung unseres Grundsatzprogramms. Im Passus „Mittel gewaltfrei“ gilt es ergänzend festzuschreiben, dass die Freude über die Tötung von Menschen kein Mittel der DFG-VK sein kann und uns die friedensethische Verantwortung das Leben aller Menschen achten lässt.

25. Zum Zeitpunkt, da ich diesen Text verfasse, ist die entwürdigende Aktion angekündigt, jedoch nicht vollzogen, da seither kein Bundeswehrgesoldat bei einem der Kampfeinsätze getötet worden ist. Spätestens in dem Moment, da die Berliner BamM- und DFG-VK-Aktiven die angekündigte Aktion des Schampusaufens in die Tat umgesetzt haben, wird der BSK über ein Ausschlussverfahren wegen verbandsschädigenden Verhaltens befinden müssen. Gemäß § 5 (3) c unserer Satzung sind wir hierzu berechtigt („in dringlichen Fällen entscheidet der BundessprecherInnenkreis“). Sinnvoll erscheint uns die Einrichtung einer Bundesschiedskommission.



Meinungen aus der DFG-VK zur „Schampusaufen“-Aktion

Der Militarismus (im DFG-VK-Programm „Soldatentum“ genannt) ist unser Gegner – nicht der einzelne Soldatenmensch, der ihm auf den Leim gegangen ist.

Ich setze mich dafür ein, dass jeder Mensch auch mal geschmacklos sein darf. Aber: Ich setze mich mit aller Kraft dafür ein, dass niemand tatsächlich geschmacklos ist. Die Aktion des (vermeintlichen oder tatsächlichen – das bleibt sich gleich) Schampusaufens hat meiner Ansicht nach vergessen, dass der tote Soldat ein Recht auf eine Art Mindestrespekt hat – auch wenn sein Handeln und Verhalten in höchstem Maße falsch war. Die Aktion „Tag Y“ war leider äußerst geschmacklos, ihr fehlte Sitte, Anstand und die Erinnerung an unsere Satzung – z.B. an die folgende Formulierung: „... Menschenrechte, Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied in Bezug auf ... Weltanschauung ...“. Auch den übelsten Verbrecher achte und respektiere ich als Menschen. Eine tatsächliche oder vorgebliche Freude über den Tod eines anderen Menschen entehrt den anderen, so macht man ihn einfach nur nieder.

Auch vom Gedanken des Täter-Opfer-Unterschieds bzw. der Täter-Opfer-Identität her ist das „Schampusaufen“ anstands- und respektlos: Ich gehe davon aus, dass es nur selten den reinen Täter gibt, während es das hundertprozentige Opfer schon häufiger gibt. Ohne die üblichen Ausreden ernst zu nehmen, gilt bei den meisten Tätern, dass sie eben auch Opfer sind – vorstellbar vielleicht als „Täter-Opfer-Mischung“, bei der es natürlich einen Unterschied macht, wie groß jeweils der Anteil „Opfer“ und wie groß der Anteil „Täter“ ist. Aber auch ein kleiner Anteil „Opfer“ fordert Rücksichtnahme. Der „Opfer-Anteil“ zeigt, dass zur Eliminierung des Täters kein Recht besteht: Respekt gegenüber dem Gegner als Menschen, aber kein Respekt gegenüber den Verhältnissen.

Gerechtfertigt werden kann die Aktion des Landesverbandes Berlin-Brandenburg eigentlich nur über den Zwang, im politischen Biotop Berlin möglichst stark aufzufallen bzw. zu provozieren. Diese Rechtfertigung setzt aber die vorher geäußerten Gedanken nicht außer Kraft. Die beabsichtigte Provokation schadete hier dem Provokateur mehr als er sieht.

Jens Bukowski, Kassel



Die DFG-VK-Gruppe Berlin-Brandenburg und das Büro für antimilitaristische Maßnahmen (BamM) rufen unter dem Motto „Feste feiern wie sie fallen“ dazu auf, den Tod „gefallener“ Soldaten mit einem Sektumtrunk am Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin zu feiern. Eine Aktion, die in unserem Verband zu teilweise heftigen Reaktionen geführt hat. Nachdem sie in einigen Medien (z.B. Bild, Tagespost) erwartungsgemäß abwertend kommentiert wurde, hat der Landesverband Baden-Württemberg sich in einer Pressemitteilung von dieser Aktion sogar strikt distanziert, da es eine „widerliche und menschenverachtende Initiative“ sei.

Wieder einmal gibt es also auch innerverbandlich Kritik an einer Aktion der Berliner Gruppe. Zur Erinnerung: Vor dieser Aktion hatte es bereits harsche Kritik an den BerlinerInnen wegen eines Plakats gegeben, das drei Soldaten zeigt, die neben einem Sarg gehen. Die Überschrift lautete: „Schritt zur Abrüstung – Wieder einer weniger“

Inzwischen wird wegen der „Schampusaufen“-Aktion sogar ein außerordentlicher Bundeskongress erwogen, bei dem es dann auch darum gehen soll, die Ausschlusskriterien der Satzung so zu ändern, dass man die unliebsamen Mitglieder loswerden kann. Ganz nach dem Tenor der Baden-Württemberger, die mitteilten: „Mit Leuten, die eine solche von

Inhumanität geprägte Aktion planen, möchten wir nichts zu tun haben.“

Sicher ist die Aktion ebenso wie das Plakat eine extreme Zuspitzung, die für viele Menschen an eine Geschmacklosigkeit heranreicht. Aber wären die Reaktionen in unserem Verband genauso heftig gewesen, wenn sie von anderer Seite (z.B. dem Satiremagazin Titanic) gekommen wären? Inhaltlich halte ich es durchaus für legitim, dass ein pazifistischer und antimilitaristischer Verband auch mit überspitzten Aktionen agiert. Oder anders gesagt: Wer es für moralisch richtig hält, Soldaten als Mörder zu bezeichnen, muss sich auch gegen den sich immer mehr verstärkenden Soldatenkult in unserem Land laut und deutlich zu Wort melden. Zum Beruf des Soldaten gehört es, sich in der effektiven Tötung von Menschen auf Befehl ausbilden zu lassen. Wer anschließend unter Ausübung seiner erlernten Fähigkeiten im Zinksarg zurückkehrt, ist Opfer seines eigenen Berufsrisikos geworden. Dafür verdient er von mir weder Verehrung, noch Achtung und schon gar kein Mitleid. Schließlich ist das Berufsrisiko bekannt und der Einsatz unter erhöhter Gefahr erfolgt freiwillig.

Dennoch geht immer wieder ein Aufschrei durch unser Land, wenn deutsche Soldaten getötet werden. Ex-Kriegsminister Volker Rühle hatte schon 1992 erkannt, dass die Gewöhnung der Bevölkerung an die Opfer von Kriegseinsätzen der Bundeswehr ein schleichtender Prozess sein wird: „Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“ Der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Dieter Wellerhoff, schlug in die gleiche Kerbe, als er ebenfalls bereits 1991 sagte: „Es ist zu fragen, ob wir nicht den Gedanken an Krieg, Tod und Verwundung zu weit in den Hintergrund geschoben haben.“

Die Bundeswehr und die Politik tun seit Jahren viel dafür, diesen Gewöhnungsprozess voranzutreiben. Nicht ohne Grund wurde im letzten Jahr sogar ein neues Ehrenmal für die gefallenen Bundeswehrsoldaten in Berlin aufgestellt. Öffentliche Gelöbnisse, abgehalten in bester Wehrmachtstradition, sind heute schon normal. Der Gewöhnungsprozess schreitet voran, und wie das Ehrenmal zeigt, werden nun auch wieder unsere neuen „Helden“ gefeiert, die in beispiellosem Kampf für unsere Interessen „gefallen“ sind. Anlässlich des Volkstrauertages im letzten Jahr sprach Kriegsminister zu Guttenberg davon, dass die toten deutschen Soldaten „unseren Dank und unsere tief empfundene Anerkennung“ verdienen. Und die neue Regierungskoalition hält in ihrem Koalitions-

vertrag fest: „Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen sich auf den Rückhalt in der Gesellschaft verlassen können.“

Die fortschreitende Militarisierung der Politik, eine eigentlich skandalöse Entwicklung, wird unter pseudoheroischen und -patriotischen Argumenten schleichend legitimiert. Diese aus kriegspolitischer Sicht erforderliche Normalisierung ist aber ein langer Weg. Immerhin sind inzwischen ca. 70 Prozent der Bundesbürger gegen den Krieg in Afghanistan. Die Bevölkerung ist also trotz Ehrenmal und Heldenverehrung noch nicht so weit, Krieg und seine menschenverachtenden Konsequenzen zu akzeptieren. Tote Soldaten und getötete Zivilisten werden nicht als „notwendiges Übel“ eines Krieges hingenommen, sondern führen noch dazu, dass Kriege zumindest kritisch beurteilt oder ganz abgelehnt werden. Das Bohren dicker Bretter wird also weitergehen.

Genau gegen diese gespaltene Wahrnehmung sind Aktionen wie die der BerlinerInnen gerichtet. Es ist längst an der Zeit und unsere Aufgabe, der zunehmenden Glorifizierung des Militärischen entschieden entgegen zu treten und den Prozess der schleichenden Gewöhnung empfindlich und deutlich zu stören. Und dazu sind zugespitzte Aktionsformen ausdrücklich erlaubt. Schließlich steht hinter diesen Aktionen ein alternatives politisches Konzept, das gegenüber dem Militarismus die besseren Argumente hat. Es geht also nicht ausschließlich um (eventuell als geschmacklos empfundene) Satire, sondern um eine andere, menschlichere und effektivere Politik der Konfliktvermeidung und -lösung.

Es ist höchste Zeit, dass wir uns laut und deutlich zu Wort melden und die Verlogenheit dieser Politik der schleichenden Gewöhnung als das entlarven, was sie ist: Der moderne Ablasshandel der Politik für die Legitimation künftiger Kriege. Denn je länger wir warten, desto weniger werden unsere Argumente gehört werden. Spätestens wenn es nur noch um Stolz und Ehre und um Rückhalt für unsere Soldaten geht, wird eine sachliche Diskussion nahezu unmöglich sein. Darauf arbeiten die Kriegstreiber kontinuierlich hin, und es ist unsere Aufgabe, dies den Menschen in unserem Land deutlich zu machen. Wie polarisiert dieses Thema bereits ist, zeigt die Auseinandersetzung um die von Bischöfin Margot Käßmann an der deutschen Kriegspolitik in Afghanistan geäußerte Kritik. Sie zeigt aber auch, dass wir noch gute Chancen haben, diesen politischen Prozess empfindlich zu stören. Die Aktion „Tag Y“ mag in ihrer Ausgestaltung fragwürdig sein, inhaltlich ist sie richtig und gut.

Skandalös an dieser ganzen Geschichte ist lediglich der innerverbandliche Umgang damit. Unsere demokratischen Strukturen erlauben es, dass wir uns für unsere gemeinsamen Ziele auf unterschiedliche Art und Weise einsetzen. Über konträre Standpunkte können wir inhaltlich diskutieren. Auf andere, als extrem empfundene Meinungen aber einfach mit Ausgrenzung zu reagieren, ist undemokratisch und schädigt unseren Verband.

Klaus Fischer, Essen



Die Aktion des DFG-VK-Landesverbands Berlin-Brandenburg, für den nächsten ums Leben gekommenen Bundeswehrosoldaten Sektorkorken im Bendlerblock knallen zu lassen, schadet der Friedensarbeit der gesamten DFG-VK. Mit solchen Aktionen gewinnt man keine Sympathien in der Bevölkerung. Sie bieten zudem der Presse die Möglichkeit, die DFG-VK anzugreifen. So schrieb Jörg Helge Wagner in einem Kommentar in der in Bremen erscheinenden Tageszeitung *Weser-Kurier* am 18. Dezember, dass sich manche Friedensbewegte jetzt propagandistischer Mittel bedienen, „die man bisher in dieser Menschenverachtung nur von totalitären Regimes kannte.“

Wie viele andere Gruppen versucht auch die Bremer Gruppe der DFG-VK seit vielen Jahren, mit Aktionen (z.B. monatlichen Mahnwachen gegen Rüstungsbetriebe in der Hansestadt) Überzeugungsarbeit zu leisten und der DFG-VK zu einem guten Ruf zu verhelfen. Die besagte Aktion ist, wie auch andere Aktionen zuvor, dafür vollkommen kontraproduktiv. Sie stößt selbst Mitglieder befreundeter Friedensgruppen vor den Kopf. Wenn die FriedensfreundInnen in Berlin-Brandenburg ihre geplante Aktion trotzdem durchführen, sollte ein Ausschlussverfahren gegen die Verantwortlichen wegen verbandsschädigenden Verhaltens eingeleitet werden.

Joachim Fischer, Bremen



Das Foto mit Särgen deutscher Soldaten haben unsere DFG-VK-Satiriker aus Berlin-Brandenburg als „Schritte zur Abrüstung“ veröffentlicht. Damit kam die DFG mit Foto und langen Berichten bis in die Spalten von „Bild“ (andere Satiriker haben diese Postille als KILT verulkt). Verulken oder Verarschen ist also weit verbreitet. Ich sehe gerade die Aktion „Bundeswehr wegtorten ole“ - die Bremer Aktionsgruppe gegen Nato-Gewalt nahm sich den irakischen Journalisten, der Bush mit

seinen Schuhen bewarf, zum Vorbild und bewarf General Naumann, traf ihn allerdings (leider!) nicht. Außerdem regen Satire und Karikaturen einige Köpfe zum Nachdenken an. Vor allem aber regen sie zum Schmunzeln und Lachen an.

Auszüge aus dem angesprochenen Kommentar „Militanter Pazifismus“ im Weser-Kurier vom 18. Dezember

In Kriegen und bewaffneten Konflikten passieren Abscheulichkeiten, die immer von Bewaffneten zu Lasten der Unbewaffneten begangen werden. Daraus zu schließen, dass grundsätzlich alle, die im Krieg Waffen tragen und diese auch benutzen, zu jeder Unmenschlichkeit fähig seien, ist jedoch ein Trugschluss, eine durch nichts zu beweisende Verallgemeinerung. Trotzdem dient sie vielen Friedensbewegten als ideologisches Fundament – das ist ist nichts Neues. Neu ist hingegen, dass sich manche Friedensbewegte jetzt propagandistischer Mittel bedienen, die man bisher in dieser Menschenverachtung nur von totalitären Regimes kannte.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg der DFG-VK kann es kaum erwarten, dass der nächste Bundeswehrosoldat – oder die nächste Soldatin, so viel Emanzipation muss sein – in Afghanistan fällt: Dann nämlich wird er zum Sektumtrunk am Ehrenmal der Bundeswehr im Berliner Bendlerblock laden.

Man mag einwenden, dass Satire in einem freien Staat wie der Bundesrepublik eben alles dürfen müsse, in einem unfreien wie der DDR aber nun einmal nichts dürfe. Stimmt, und auch im Westen wurde die Freiheit nach dem Faschismus ja irgendwann dazu genutzt, den Befreiern „Ami go home!“ entgegenzubrüllen. Was kein großes Risiko barg, da die GIs zivilisierte Leute waren, eingeschworen auf die Verteidigung der Menschenrechte, nicht auf deren Unterdrückung.

Über Geschmack lässt sich ohnehin nicht streiten, wohl aber über Wahrhaftigkeit und Lüge. Wenn die DFG-VK behauptet, sie greife „die militärische Symbolik direkt auf der symbolischen Ebene an“, ist das blanker Zynismus. Sie greift die Hinterbliebenen in ihrem verwundbarsten Moment an. Genau diese Mischung aus Feigheit und Gefühlskälte braucht man auch, um Kriegsverbrechen zu begehen.

So danke ich auch diesmal den mittel-deutschen Satirikern, muss sie allerdings noch fragen: Können sie überhaupt in den Bendlerblock eindringen, und das sogar mit Sektgläsern in der Hand?

Wie Joachim Fischer bin ich Mitglied der DFG-VK Bremen-Niedersachsen. Ich widerspreche der Behauptung in seinem *Weser-Kurier*-Leserbrief „Mit solch einer Aktion stößt man die Bevölkerung vor den Kopf“, damit gewänne man keine Sympathien, sie sei kontraproduktiv. Ich

Fortsetzung auf der nächsten Seite

meine, die ausführliche Darstellung in Bild und die DFG-VK-Kritik im Weser-Kurier sind schon „produktiv“ genug.
Ernst Busche, Bremen



Zum selben Thema, bezogen aber auf den Leserbrief von Uta Binz in der letzten ZivilCourage „Zu einer DFG-VK-Aktion in Berlin“

Uta zitiert in ihrem Brief eine Entwurfsfassung des „Offenen Briefes“, die nicht-autorisiert wenige lang Tage auf der Berliner DFG-VK-Homepage stand. Einerseits ein „Berliner“ Fehler. Andererseits hätte sich Uta auch direkt an uns wenden können.

Wie auch immer: „Über die Stränge geschlagen“ hätten die Berliner, kritisiert Uta. Doch wer bestimmt, wie fest die Stränge zu ziehen sind? Die „bewährten, fantasievollen Mittel“ der Vergangenheit, zu denen Uta zurückzukehren empfiehlt, haben nicht verhindert, dass die BRD von einem entmilitarisierten Staat wieder zu einer weltweit agierenden militärischen Mittelmacht geworden ist. Über ein neues Geschirr, um im Bilde zu bleiben, wäre da doch nachzudenken.

Frank Brendle, DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-58966161, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • **Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt • **Redaktion:** Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de) • **Druck:** GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-600345 • **Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • **ISSN:** 1614-1954 • **Anzeigenverwaltung:** SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-69647239, eMail, sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig. • **Erscheinungsweise:** zweimonatlich, sechs Mal jährlich • **Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • **Offizielle Stellungnahmen** der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • **Namentlich** gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • **Der Nachdruck** von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • **Bezugsbedingungen:** Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14,- € inklusive Porto; Abbonierung schriftlich bei der Herausgeberin. • **Beilagen:** Infolyer; „atomwaffenfrei“ in der Heftmitte (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilaufgabe) • **Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 13. Februar. Die nächste Ausgabe erscheint im April, Redaktionsschluss ist der 22. März.

Effektivität steigern

Die Arbeitssituation des DFG-VK-Bundesverbands

Von Monty Schädel

Seit mehreren Jahren unterliegt die Verwaltung unseres Verbandes ständiger Veränderung und Anpassung an die aktuellen Bedingungen. Bereits mit dem Umzug der Bundesgeschäftsstelle vor einigen Jahren von Velbert nach Frankfurt am Main wurde versucht, auf die geänderten Bedingungen unseres Verbandes wie sinkende Mitgliederzahl und eines weitmaschiger werdenden Netzes unserer Gruppen zu reagieren. Unsere Verwaltung sollte effektiver werden und natürlich auch Einsparungen erbringen.

Trotz längerer und wiederkehrender Diskussionen in den Gremien des Verbandes sowie entsprechender Beschlüsse am Ende kam es immer wieder zu Schwierigkeiten. Verzögerungen bei den Überweisungen der Beitragsanteile an die Gliederungen, Versäumnisse in der Pflege der Mitgliederdateien, fehlende Kommunikation mit den Gliederungen, fehlende Statistiken für die Aktiven vor Ort sind nur einige Kritikpunkte, die vorgebracht wurden. Trotz der Bemühungen und verschiedener organisatorischer und personeller Umstellungen konnten zwischenzeitlich zwar Fortschritte, jedoch keine Kontinuität erreicht werden.

So kam es folgerichtig auf dem Bundeskongress im vergangenen Jahr zu erneuten Diskussionen. Mit Beschlüssen zur Einrichtung einer Kommission, die Vorschläge zum weiteren Verfahren erarbeiten sollte, und Aufträgen für den Bundessprecherkreis, der dem Bundesausschuss ein neues Konzept zur Verwaltung unseres Verbandes vorlegen sollte, versuchte das höchste Verbandsgremium, eine Klärung herbeizuführen.

Bei der Bundesausschuss-Sitzung im Dezember 2009 wurde den Vorschlägen der Kommission und des Bundessprecherkreises folgend Beschlüsse für die weitere Entwicklung der DFG-VK gefasst. Mit einer Einführung eines neuen Mitgliederwaltungsprogramms, der personellen Umstellung von Zuständigkeiten in der Verwaltung und einem genauen Plan zum Ausgleich der Forderungen der Gliederungen an den Bundesverband sollen Bedingungen geschaffen werden, mit denen das Gemeinsame unseres Verbandes gestärkt werden soll.

Das neue Mitgliederwaltungsprogramm wurde nötig, weil das bisherige eben wirklich veraltet und sehr „handge-

strickt“ war, immer wieder technisch versagte und damit nicht mehr den Ansprüchen des Verbandes genügte. Dadurch waren Mitgliederdateien nicht immer auf dem aktuellsten Stand und lösten weitere Fehler aus. Jetzt werden deshalb unsere Mitgliederdaten überprüft. Unsere Mitgliederverwaltung stellt deshalb ggf. auch bei den Landesverbänden und Gruppen Nachfragen zu den Namen oder aktuellen Gruppenkontakten.

Mit den aktuellen Angaben sowie einem funktionierenden Programm wird dann in Zukunft auch wieder die regelmäßige zeitnahe Überweisung der Beitragsanteile an die Gliederungen möglich sein. Für das Verfahren mit den noch ausstehenden Beitragsanteilen für die Gliederungen aus dem Jahr 2009 werden die Landesverbände und Gruppen in den nächsten Tagen einen Verfahrensvorschlag des Bundeskassierers und des politischen Geschäftsführers im Auftrag des Bundesausschusses erhalten. Ziel des vorgeschlagenen Procedere ist eine Einigung mit jeder Gliederung über die noch ausstehenden Anteile im Interesse unseres gesamten Verbandes. Der Bundesausschuss sah mit der Bestätigung des Vorschlages der Kommission gute Chancen, um auch diese „Baustelle“ unseres Verbandes schnell aufzuräumen.

Personelle Situation

Nachdem u.a. mehrfache Mitarbeiterwechsel in der Bundesgeschäftsstelle in den vergangenen Jahren für Diskontinuität gesorgt hatten, soll mit einer seit dem 1. Januar umgesetzten neuen Verteilung von Zuständig- und Verantwortlichkeiten des Personals des DFG-VK-Bundesverbandes jetzt eine positive Entwicklung eingeleitet werden. Mit der Umstrukturierung soll auch erreicht werden, dass der ehrenamtlich für den DFG-VK-Bundesverband tätige Bundeskassierer Bernd Baier sein Engagement auf ein Maß zurückfahren kann, dass den Begriff „ehrenamtlich“ rechtfertigt. Seine Vorarbeiten aus den vergangenen Jahren für diesen jetzigen Schritt verdienen höchste Anerkennung.

Persönlich ist nun **Johnny Baier** in der Bundesgeschäftsstelle montags und donnerstags von 12 bis 16 Uhr und am Freitag von 13 bis 17 Uhr für Fragen der Mit-

Wichtige Termine

Im Zusammenhang mit der „Tag Y-Aktion: Feste feiern, wie sie fallen“ des berlin-brandenburgischen Landesverbands gibt es innerhalb der DFG-VK großen Diskussions- und eventuell auch Entscheidungsbedarf. Für alle interessierten Mitglieder sind dabei zwei Termine von besonderer Bedeutung:

Der BundessprecherInnenkreis hat beschlossen, einen außerordentlichen Bundeskongress einzuberufen (*siehe dazu insbesondere die Punkte 23 bis 25 in dem Beitrag „Die DFG-VK steht am Scheideweg“ von Bundessprecher Jürgen Grässlin auf den Seiten 22/23 in diesem Heft*). Eine offizielle Einladung („Einberufung“) dafür gibt es zwar noch nicht, dieser außerordentliche Bundeskongress wird aber voraussichtlich am **8./9. Mai in Kassel** stattfinden.

Außerhalb formaler Verbandsstrukturen soll ein offenes Diskussionsforum mit BefürworterInnen und KritikerInnen der „Schampusaufen-Aktion“ durchgeführt werden.

Dieses – für alle Interessierten offene und von Tobias Pflüger moderierte – Forum findet statt am **Sonntag, 28. Februar, von 12 bis 17 Uhr in Hannover im DGB-Haus, Otto-Brenner-Straße 7.**

gliederverwaltung (z.B. Adress- oder Kontoänderungen) zu erreichen. Er unterstützt den Bundeskassierer bei der Finanzbuchhaltung und soll für die Kassierer der Gruppen und Landesverbände erste Ansprechperson sein. Er arbeitet seit Anfang Januar für 20 Stunden wöchentlich für unseren Verband.

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1a
60486 Frankfurt
Telefon 069-27298231
Telefax 069-27298232
eMail office@dfg-vk.de
Internet www.dfg-vk.de

Unterstützt wird er durch **Susanne Jallow**, die 15 Stunden in der Woche im DFG-VK-Materialversand *Pazifix* in Stuttgart Bestellungen aus der DFG-VK und der Friedensbewegung erledigt. Aktuell richtet sie den DFG-VK-Webshop auf un-

serer Homepage www.dfg-vk.de ein, in dem dann Online-Bestellungen möglich sind.

DFG-VK-Materialversand Pazifix
Haußmannstraße 6
70188 Stuttgart
Telefon 0711-2319479
eMail material@dfg-vk.de

Stefan Philipp wird als vom Bundeskongress gewählter Redakteur weiterhin mit einer 50-Prozent-Stelle die Verbandszeitschrift **ZivilCourage** betreuen und erstellen.

Redaktion ZivilCourage
Postfach 900843
21048 Hamburg
Telefon 040-58966161
eMail zc@dfg-vk.de

Komplettiert wird das Team des DFG-VK-Personals durch den politischen Ge-

schaftsführer **Monty Schädel**. Als einziger Beschäftigter des DFG-VK-Bundesverbandes, ist er – bereits seit Januar 2007 – auf einer vollen Stelle angestellt. Neben der Koordinierung politischer Aktivitäten und der Öffentlichkeitsarbeit für den DFG-VK-Bundesverband hat er zum Jahresbeginn auch die Koordination der MitarbeiterInnen des Bundesverbandes übernommen.

Er ist telefonisch unter **0177-8871014**, per eMail office@dfg-vk.de und postalisch über die Bundesgeschäftsstelle zu erreichen.



Monty Schädel
ist politischer
Geschäftsführer
der DFG-VK.

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzserklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 830004600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500



DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt

Postvertriebsstück DP AG

I H 5756 F Entgelt bezahlt



Die pazifistische Grundsatzerklärung:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Vorsicht. Satire!



Hauptfeldwebel: Wie definiert ein Soldat Ordnung?

Schütze: Na ja, auch in der Natur haben ja die Dinge...

Hauptfeldwebel: Was habe ich Ihnen beigebracht?

Schütze: Ordnung ist das halbe Leben und der gesamte Wehrdienst. Ordnung ist ein nanometer-genau gefaltetes Oberhemd. Ein ordentlicher Soldat hinterlässt keine Spuren, höchstens Frau und Kinder. In seinem Spind hält der Soldat Ordnung und keine Läuse. Auch der Soldat legt Wert auf ordentliche Kleidung, im Dienst trägt er trotzdem Uniform. Wenn der Soldat einen Anschiss kriegt, dann immer einen ordentlichen.

Hauptfeldwebel: Und?

Schütze: Und: Bei der Bundeswehr ist alles ordentlich, bis auf den Hauptfeldwebel. Der ist außerordentlich.

Hauptfeldwebel: In Ordnung ... bringen, und zwar die ganze Kaserne!

aus der Sat1-Comedy-Serie „Sechserpack“



Weitere Informationen über die DFG-VK im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

DFG-VK

